

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post

monatlich . . . Kz 18.—
vierteljährlich . . . 48.—
halbjährlich . . . 96.—
ganzjährig . . . 192.—

Abstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einlieferung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich (1919).

3. Jahrgang.

Freitag, 26. Jänner 1923.

Nr. 20.

Arbeit für die Reaktion.

Die Reaktion steht im Begriffe, dank der Feigheit und Feilheit der sogenannten „freiheitlichen“ Parteien innerhalb der allnationalen Koalition, einen großen Erfolg zu erringen: das Gesetz zum Schutze der Republik, wie es genannt wird, das aber einen ganz anderen Namen verdient, soll Tatsache werden. Mit dreifacher Stirn, die bekanntlich mehr wert ist als ein Reichthum, als gälte es eine ruhmreiche Tat zu verkünden, erzählen die Blätter, daß die Parteien sich über das Gesetz „grundsätzlich“ vollständig einig sind, nur wird noch darüber verhandelt, ob dem letzten armliehen Rest von Demokratie im Staate durch ein einheitliches Gesetz oder durch eine Verschärfung des Strafgesetzes und der Gesetze über die politischen Rechte der Staatsbürger das Genie gebrochen werden soll. Die „grundsätzliche“ Einigkeit der Koalitionsbrüder wurde bisher noch bei jedem Anschlag auf die Demokratie erzielt, warum nicht auch in diesem Falle! Man kann nur immer wieder über das eine staunen, daß die „Grundsätze“ der Herren Kramarsch, Schramel und Dolanský dieselben sind wie die der Vechyně und Habrman. Wessen Glauben sich dagegen sträubt, erhält die Wahrheit des Wortes immer aufs neue bestätigt: gleiche Brüder, verschiedene Kappen! Da also die angenehmen Zeitgenossen, welche gegenwärtig die Geschicke des Staates lenken, sich in schöner Einheit über ihre Grundsätze über das neue Ausnahmengesetz gefunden haben und die Polizei-Geschäftsordnung die Opposition im Parlamente an einer entsprechenden Abwehr hindert, so steht dem Zustandekommen des von allen Koalitionsparteien sehnsüchtig erwarteten Anebelungsgesetzes nichts mehr im Wege. Die „Republik“ wird also gerettet werden. Wirklich die Republik? Wer genauer hinschaut, sieht, daß es vor allem um etwas ganz anderes geht: um die Rettung der Koalition! Und es geht um ein Gesetz zur Stärkung der Reaktion, zur Machterweiterung der kapitalistischen Massen.

Die Seelenverwandtschaft der Koalitionsparteien drückt sich nicht nur in der Einigkeit über die Grundsätze des zu schaffenden Gesetzes aus, sondern auch in der Eintracht, mit der sie seine angebliche Notwendigkeit begründen. Wenn man die „Kardoni Listy“ nach dem Gesetze rufen hört, so glaubt man das „Pravo Lidu“ zu lesen, und wenn man dieses zur Letztere erwählt, wird man durch seine Terminologie an die „Kardoni Listy“ erinnert. Die Uniformität der Gesinnung drückt sich eben auch in der Uniformität der Sprache aus. Alle Koalitionsparteien stimmen also in der Behauptung überein, daß die Republik bedroht ist, und daß sie durch Verschärfung der Strafbestimmungen ebenso wie durch Einschränkung der staatsbürgerlichen Rechte die Republik schützen müßten. Die tschechoslowakische Auslandspropaganda hat bisher die inneren Verhältnisse der Tschechoslowakei als durchaus konsolidiert hinzustellen sich bemüht, weit konsolidierter als die Verhältnisse der anderen Nachfolgestaaten; nun wird man im Auslande staunend vernahmen, wie die Regierung selber die Konsolidierung einschränkt, da sie zum Schutze der gefährdeten Republik mit den gewöhnlichen Gesetzen nicht mehr das Auslangen finden will. Die Ueberrückung jenseits der Grenzen wird umso größer sein, da die bestehenden Strafbestimmungen aus dem Anfang des vorigen Jahrhunderts stammen, also aus der Zeit des monarchistischen Absolutismus. Man wird sich dort also recht schöne Vorstellungen von den Zuständen in der Tschechoslowakischen Republik machen, da die Regierung die demokratische Republik als gefährdet erachtet, wenn die zur Sicherung des Monarchismus geschaffenen Gesetze nicht eine ausgiebige Verschärfung erfahren. Aber was ist geschehen, daß die Republik ins Schwanken geraten ist und dringend der Stütze durch Vermehrung der Polizeigewalt bedarf? Ein junger Mensch, der selbst nach der Darstellung der Polizei exzentrisch veranlagt ist, hat ein Attentat auf den Finanzminister verübt, das von der ganzen Öffentlichkeit, von sämtlichen politischen Parteien einmütig ver-

Tschechoslowakische Liebedienerei gegenüber Frankreich.

Drosselung der Ausfuhr von böhmischer Braunkohle nach Deutschland.

Tepliz, 25. Jänner. (Eigenbericht.) Das Wollsbureau verbreitet eine Meldung der „Agence Havas“, welche besagt, die tschechische Regierung wolle Maßnahmen treffen, um eine übertriebene Steigerung der Kohlenbestellungen, die sich als Folge der Ruhrbefehung einstellen, zu verhindern. Diese Meldung steht in schroffem Widerspruch zu den Erklärungen, die der Minister für öffentliche Arbeiten Šrba den Vertretern der konsolidierten Bergarbeiterverbände bei einer Vorprache am 18. Jänner gegeben hat. Er erklärte, daß die Befürchtungen, die tschechische Regierung werde im Zusammenhange mit der Ruhrbefehung die Ausfuhr hindern, vollständig unbegründet seien, weil das Kontingent an Braunkohle, welches vertragsmäßig an Deutschland zu liefern ist, noch lange nicht erschöpft sei. Innerhalb dieses Kontingents könne die Regierung überhaupt die Ausfuhr nicht hindern. Es ist zu wünschen, daß sich der Minister zu dieser Meldung der offiziellen tschechischen Nachrichtenstelle äußert. Jergendein Eingreifen der Regierung wäre nicht nur deshalb widersinnig, weil noch keine Vermehrung an Bestellungen erfolgt ist, sondern auch, weil die tschechoslowakische Republik wirtschaftlich nicht nur an einer Hemmung der Ausfuhr, sondern im Gegenteil an einer Exportsteigerung interessiert wäre. Was in vier Jahren unsere Außenhandelspolitik verfehlt hat, könnte gerade jetzt gutgemacht werden, wenn die Ausfuhr statt geschädigt, gefördert würde.

Einstellung der Rheinschiffahrt.

Berlin, 25. Jänner. (Eigenbericht.) Infolge des Verhaltens der französischen Soldaten gegenüber den Schiffsmannschaften haben diese beschlossen, den Dienst einzustellen. Damit hört die Rheinschiffahrt auf.

Verbot sozialdemokratischer Blätter.

Berlin, 25. Jänner. (Eigenbericht.) Die „Volkstimme“ in Duisburg und unser Mainzer Bruderblatt wurden von den Besatzungsbehörden auf drei Tage verboten.

Warum der Generalstreik nicht durchgeführt wurde.

Berlin, 25. Jänner. (Eigenbericht.) Französische Blätter melden, die Arbeiter hätten den Berliner Generalstreik befehlt wegen des mildernden Vorgehens der Truppen nicht befolgt. Dazu ist zu bemerken, daß die Arbeiter des Ruhrgebietes von Berlin keine Befehle erhalten, sondern selbst beschließen und daß der Gene-

ralstreik deshalb noch nicht erklärt wurde, weil das nicht besetzte Reichsgebiet mit Kohlen versorgt werden muß. Tatsächlich hat auch die Befehung bisher nur den Erfolg gehabt, daß Frankreich und Belgien so gut wie keine Kohle erhalten haben, Deutschland aber besser als früher versorgt ist.

urteilt wurde. Bei keiner einzigen Partei liegt der politische Werd auf der Linie ihrer Ideologie oder gar ihrer Betätigung. Der Attentäter selbst erklärt, keiner Partei anzugehören, nennt sich nach freigewählter Bezeichnung seiner Gesinnung Anarcho-Kommunist, aber ihn darum an die Schöße der kommunistischen Partei hängen zu wollen, kann keinem Vernünftigen einfallen, denn Schoupal ist doch gerade aus dem Grunde aus der kommunistischen Partei ausgestiegen, weil diese seinem Wunsche nach Propagierung und Durchführung politischer Attentate sich nicht geneigt erwies! Dieser eine Schoupal soll nun die Republik in Gefahr versetzt haben? Soll die Schaffung eines eigenen Ausnahmengesetzes notwendig machen? Wem will man diese Unsinnigkeit einreden? Doch nicht der Bevölkerung, die urteilsfähig genug ist, die Behauptung von der bedrohten Republik als laule Ausrede zu erkennen! Reinlich selbst wollen die Ueberdemokraten von links und rechts, die an der Fertigstellung des Gesetzes arbeiten, damit täuschen, ihr eigenes Gewissen damit beruhigen. Freilich, nach dem Attentate wurden in Deutsch-Prod, dem Wohnort Schoupals einige Leute verhaftet, die Mitwisser des Vorhabens Schoupals sein sollen, woraus der Schluß zu ziehen versucht wird, daß es sich bei dem Attentate nicht bloß um die Tat eines Einzelnen, sondern um eine Art Verschwörung handelt. Man wird darüber schon die Ergebnisse der Untersuchung und des Gerichtsverfahrens abwarten müssen, ehe man ein Urteil wagen kann. So wird jeder Gewissenhafte denken. Die Koalitionsparteien sind schneller mit ihren Schlüssen fertig, für sie steht es fest, daß eine ganze Verschwörung vorliegt, welche es notwendig mache, mit fester Hand zuzugreifen, um in Zukunft ähnliche Verschwörungen zu verhindern. Dabei verwei-

ralstreik deshalb noch nicht erklärt wurde, weil das nicht besetzte Reichsgebiet mit Kohlen versorgt werden muß. Tatsächlich hat auch die Befehung bisher nur den Erfolg gehabt, daß Frankreich und Belgien so gut wie keine Kohle erhalten haben, Deutschland aber besser als früher versorgt ist.

Weitere Kriegsgerichtsurteile.

Berlin, 24. Jänner (Wolff). Der Düsseldorf Landesfinanzamtspräsident Dr. Schlutius wurde heute abends vom Kriegsgerichte in Mainz zu einem Jahre Gefängnis verurteilt, doch wurde der Vollzug der Strafe ausgesetzt und Dr. Schlutius entlassen. Die Verhandlung gegen den Kölner Landesfinanzamtspräsidenten Schling von Langenauer ist noch nicht anberaunt. In der Kriegsgerichtsverhandlung wurde Geheimrat Reiffelsen, der Präsident der Bergwerksdirektion in Redlingshausen, zu einem Jahre Gefängnis mit Strafausschub verurteilt. Reiffelsen wurde sofort in Freiheit gesetzt.

jen sie auf Deutschland, das doch auch ein Gesetz zum Schutze der Republik geschaffen habe. In Deutschland aber handelte es sich doch um eine weitverzweigte wirkliche monarchistische Bewegung zum Sturze der Republik, um ein über das ganze Reich gespanntes Netz von Mordorganisationen, um die tausendfältige Propagandierung von politischen Attentaten und um die Organisierung einer bewaffneten Erhebung zur Beilegung der Republik, zur Wiederherstellung der Monarchie. Wollen die Koalitionsparteien behaupten, daß in der Tschechoslowakei auch nur annähernd ähnliche Verhältnisse bestehen? Die tschechoslowakische Presse fühlt selbst, wie schwach die Berufung auf den Schoupal zur Rechtfertigung eines Ausnahmengesetzes wirken muß, und deshalb schlägt sie die nationalistische Panke und lüchelt den Prozeß Baerons als ein Zeichen der Unsturzgesinnung der deutschen Bevölkerung auszusprechen. Aber selbst die lastigste nationalistiche Hebe kann die Tatsache nicht verwischen, daß das Gesetz zum „Schutze der Republik“ nur gemacht wird, weil es die tschechischen Nationaldemokraten verlangen und aus der Koalition zu treten drohen, wenn diese es ihnen nicht ermöglicht, aus ihrer nach dem Attentat begonnenen reaktionären Sekampagne das Anebelungsgesetz als Peute heimzubringen.

Das Schoupalere soll fünfjährigen Gewalttaten gegen Träger der Staatsgewalt behindern! Weiß man nicht, daß Gewalttaten am meisten in jenen Ländern verübt werden, in denen die Freiheit unterbunden, die Demokratie ausgeschaltet ist? Man erinnert sich hier an das Wort des Stammens, mit wie wenig Verstand eigentlich die Völker reagiert werden. Auch unsere Machthaber bemühen sich, zu beweisen, daß bei ihrer Tätigkeit die Vernunft ein überflüssiger Ballast ist.

Die Beichte des Austroslawismus.

Dr. Kramarsch war im alten Oesterreich eine mächtige Persönlichkeit, deren Bedeutung weit über die Grenze des Reiches hinaus reichte. Er war der Führer der Jungtschechen und zugleich die Stütze der Regierungen. Er war der Begründer des Neoslavismus, der von seinen Gegnern als eine Abart des Panlawismus verschrien war, — ein Freund der russischen Minister und zugleich bewilligte er hier alle Militärforderungen. Er wurde im Krieg auf Befehl des Armeekorpskommandos vom Kriegsgericht wegen Hochverrats zum Tode verurteilt. Aber in dem Prozesse traten so ziemlich alle österreichischen Ministerpräsidenten, die in den letzten Jahrzehnten am Ruder gewesen waren — Sturoth, Thun, Gautschi, Bienerth, Bed — als Zeugen für seinen Patriotismus auf.

Es ist begreiflich, daß man ein Buch über auswärtige Politik des Dr. Kramarsch jetzt erscheinen läßt, nicht nur deshalb mit Interesse in die Hand nimmt, weil man darin über die gegenwärtige auswärtige Politik der Tschechoslowakei oder über die Entstehung der Tschechoslowakei, sondern vor allem, weil man darin über seine Stellung in den kritischen Phasen der Monarchie und zu der äußeren Politik vor dem Kriege Aufklärung aber auch die Wahrheit über einige Vorgängen der österreichischen Außenpolitik erwartet.

Den Schlüssel zu seiner Politik vor dem Kriege bildet seine Stellung zum Dreibund, den er einmal als „abgespieltes Klavier“ bezeichnet hat. Die Ursache der Kriegsgefahr, die schon Jahre vor dem Kriege bestanden hat, sieht Kramarsch nicht in der „Einkreisungspolitik“ der Entente, nicht einmal in dem aggressiven Vorgehen der Monarchie gegen die Serben, sondern in dem provokatorischen Benehmen Deutschlands, das wieder nur möglich war, weil es im Dreibund infolge der Vorherrschaft der Deutschen und Magyaren immer auf Oesterreich zählen konnte. Aber andererseits verhinderte der Dreibund, daß Deutschland plötzlich loschlage. Deutschland war ohne Oesterreich isoliert, es mußte also aufhören, wie es Wilhelm gewohnt war, mit „deutscher Präpotenz“ aufzutreten, mußte alle Eifersucht der anderen Mächte einschläfern oder, wenn es das nicht vermochte, in einem günstigen Moment den Versuch machen, mit dem Schwert das zu zerbrechen, was es die Einkreisung nannte. Während man in Prag die Zerstückelung des Dreibundes wollte, fürchtete Kramarsch gerade davon die Gefährdung des Friedens. Deshalb wollte er nicht, daß Oesterreich unter den Einfluß Deutschlands stelle. Es sollte zugleich die intimsten Beziehungen zu Rußland und Frankreich pflegen und damit durchsetzen, daß Deutschland die Freundschaft Oesterreichs suchen müsse.

Unter Soluchowski wie auch unter Kehrenthal kam tatsächlich eine Annäherung an Rußland zustande. Da erzählt nun Kramarsch eine Episode, die mit einer offiziellen Legende aufzuräumen geeignet ist, mit der Legende, nämlich von den „brillanten Sekundantendiensten“, die Oesterreich angeblich auf der Konferenz von Algeciras der deutschen Diplomatie geleistet habe. In Algeciras, sagt er, standen auf der Seite Frankreichs nicht nur Rußland und England, sondern, wenn auch nicht ganz offen, auch Oesterreich und Italien. Wie werde ich das ironische Lächeln des Grafen Soluchowski vergessen, als ich mit ihm davon sprach, daß ihm Wilhelm nach der Konferenz telegraphisch für die brillanten Sekundantendienste danke. Frankreich hat die Dienste, die ihm Oesterreich gerade in Algeciras geleistet hat, nicht vergessen und wenn es in den späteren Konflikten Oesterreichs mit Serbien zu Gunsten Oesterreichs vermittelte, so ist es das aus Dankbarkeit für Algeciras. Wilhelm aber schickte sein Telegramm, um zu verdecken, daß er auch von Oesterreich verlassen und ganz isoliert sei.

Interessant ist auch das, was Kramarsch über die Zusammenkunft von Buchlau und über die Amerioner Bosniens erzählt, daß nämlich Kehrenthal im Jänner 1908 in den Delegationen plötzlich mit der Mitteilung herausrückte, daß er von der Türkei die Konzeption für die Sandshahbahn erhalten habe. Baron Bed hat Kramarsch erklärt, daß Kehrenthal weder ihm noch auch dem ungarischen Ministerpräsidenten vorher auch nur ein Wort davon gesagt habe. Mit dieser Fest-

*) Dr. Karel Kramarsch: Pět přednášek o zahraniční politice (Fünf Vorträge über auswärtige Politik) Prag, Druck und Verlag der Prager Aktien-druckerei.

stellung hatte dann Kramarsch, als er in Petersburg war, Jswolsky, der über die Eigenmächtigkeit Nehrentals sehr erregt war, bernüht. Doch viel größer war die Ueberraschung, die Nehrental der ganzen Welt mit der Amerikaner Positionen bereichte. Kramarsch erfuhr davon auf der Fahrt aus der Krim und bog sich sofort zu Nehrental mit der Frage, was denn Russland dazu sage. Nehrental erwiderte, daß Russland vollkommen einverstanden sei. Als dann aber Nachrichten kamen, daß Jswolsky sich sehr aufgeregt über die Amerikaner geäußert habe, ging Kramarsch wieder zu Nehrental und fragte ihn, was das sei. Dieser antwortete: „Das ist eben Jswolsky, und zeigte ihm auch noch ein Schreiben des russischen Vorkämpfers, worin dieser ihm mitteilte, daß Jswolsky gemäß der Vereinbarung schon in Italien für den gemeinsamen Plan betreffend Bosnien gearbeitet und den besten Erfolg gehabt habe. Nun war Kramarsch, wie er angibt, überzeugt, daß Jswolsky wirklich ein Genosse sei und trat für Nehrental ein. Die slowakischen Delegierten stimmten denn auch für die Amerikaner. Ja, als Kramarsch dann nach Russland kam, beschuldigte er in einem Interview in der „Rovozh Wremja“, Jswolsky, der damals nicht in Petersburg war, des Vortruges. Er galt damals in Petersburg als „Aufführer“. Aber im nächsten Jahr kam er mit Jswolsky zusammen und dieser gab Auskunft über die Verhandlungen von Buchlau und legte ihm auch die Korrespondenz mit Österreich vor. Danach hat Jswolsky mit Nehrental in Buchlau ganz klar folgendes vereinbart: Die ganze Frage Bosniens und der Herzegowina und auch die Frage der Dardanellen und die übrigen Fragen (Jswolsky dachte dabei an Serbien) werden auf einer europäischen Konferenz gelöst, da der Berliner Vertrag nur auf einer Konferenz geändert werden könne. Jswolsky bedauerte sich nur aus, daß ihm Nehrental Zeit gebe, nicht nur die russische öffentliche Meinung zu bearbeiten, sondern auch in Italien, Frankreich und England für den Gedanken der Konferenz zu arbeiten. Darauf bezog sich auch der Brief des Fürsten Uruslow. Mit Beziehung darauf, daß der Kaiser Nehrental zum Grafen gemacht hatte, machte Jswolsky die Bemerkung: „Der Kaiser kann aus ihm einen Grafen machen, aber nicht einen Gentleman.“

Dr. Kramarsch will mit seinen Darlegungen den Vorwurf abwehren, daß er etwa aus Liebe zu Österreich die österreichischen und auch die österreichisch-ungarischen Regierungen bestützte, während er in Wirklichkeit durch die Ablehnung an Russland Österreich zu einer den Slawen günstigen inneren Politik veranlassen wollte. Aber sein Haß gegen Deutschland, was zwar nicht nur gegen die Wilhelmische offizielle Politik, sondern gegen das deutsche Volk — verleiht ihm zu allzu liebevoller Behandlung der österreichischen Nachbarn. So wenn er Verhöle vertheidigt: dieser werde schließlich der Initiative in Dingen beschuldigt, die nicht sein Einfall waren; er war weder im Guten noch im Bösen selbst schuld, er war ein braver Mann, schwach, ein Gentleman, aber nur ein Werkzeug der anderen.“ Oder wenn er Deutschland beschuldigt, daß es mit seinen Wehrvorlagen im Jahre 1912 den Anfang gemacht habe, worauf erst Frankreich wieder die dreijährige Dienstzeit einführen mußte: während in Wirklichkeit Österreich mit seinem Mobilgesetz zuerst kam, worauf dann die russische Wehrvorlage und dann erst die deutsche Wehrreform mit den Milliardensteuern folgte. Er vergißt auch, daß er und seine Partei für diese, wie für alle anderen österreichischen Rüstungsgesetze, ja sogar

für das Kriegslustgesetz gestimmt hat, obwohl damals natürlich von einer Annäherung an Russland und von einer Umwandlung Österreichs keine Rede war. So muß also auch seine slawische Gesinnung war, so haben ihn doch die engen Beziehungen, die er zu den österreichischen Regierungen unterhielt, und den Interessen der tschechischen Bourgeoisie, die damals noch in einem starken Österreich ihre Interessen besser gewahrt glaubte, immer zu Österreich, zu Salzburg hingezogen. Das geht allerdings weniger aus seinen Vorträgen hervor, als aus seinem Verhalten zu allen Großmachtsforderungen Salzburgs.

Nach ein Detail, das für deutsche Leser von Interesse sein dürfte. Kramarsch scheint die Ermordung des Thronfolgerpaars für die Folge einer Spionade zu halten. An den beiden Attentaten sei noch heute viel mysteriös. Das erste Attentat mißlang. Die Bombe, die Cabri nowic, der Sohn eines Bachmanns in Sarajewo, warf, traf nicht und verfehlte nur die, die im zweiten Wagen oder in seine Nähe waren. Da sei es aber sehr verwunderlich, warum man Franz Ferdinand mit seiner Frau denselben Weg zurückführen ließ. Erst auf diesem Wege tötete sie Prinziv. Es ist eine ganze Literatur über das Attentat entstanden. Man fragt, warum das erste nicht gelang, warum Franz Ferdinand so leichtsinnig in das zweite gejaht wurde, aber man fragt auch, ob man nicht vielleicht von dem ersten Attentat wußte und ob es nicht das Signal sein sollte, was in Konstantinopel vorbereitet wurde, (wo Wilhelm und Franz Ferdinand den Krieg gegen Serbien vereinbart hatten) und ob nicht die verhängnisvolle Ueberraschung erst das zweite Attentat war. G. P.

Inland.

Reichsparteitag des Bundes der Landwirte. Am 3. Jänner beginnt der zweite Reichsparteitag des Bundes der Landwirte. Von den Referaten haben wir hervor: Die parlamentarischen Verhältnisse der Abgeordneten Koppel und Dr. Sabureich, Volkspolitiker, Sozialversicherung: Abgeordneter Rindrich, Bodenreform: Abgeordneter Bierhut, Naturliche Angelegenheiten: Abgeordneter Pittinger, Inwendorganisation: Rohm.

„Republikanisch“ „Reaktionäres.“ Bekanntlich soll in der Tschechoslowakischen Republik ein Gesetz zum Schutze der Republik geschaffen werden. In den besondern Bestimmungen dieses Gesetzes sprechen sich nun die tschechischen Sozialdemokraten berufen zu fühlen, dem im Abendstund ihres Zentralorgans, des „Pravo Lidu“, heißt es in einer Notiz über die Gegner dieses Gesetzes, das zum Schutze der Republik in diesem Staate geschaffen werden soll: „Wer schon heute, obwohl er den Inhalt des Gesetzes noch nicht kennt, schon die eine Besetzung gegen die oder jene politische Partei vorbereitet werde, hat sicher kein gutes Gewissen und scheidet nur deshalb, weil er solche Taten, gegen die das Gesetz sich kehren soll, im Sinne hat und sich daher bedroht fühlt. In Deutschland haben das Gesetz zum Schutze der Republik alle drei sozialistischen Parteien durch gemeinsame Demonstrationen unter Beteiligung der Gewerkschaftsorganisationen begrüßt und die sozialistischen Abgeordneten haben für dieses Gesetz gestimmt. Und was alle Sozialisten in Deutschland als richtig anerkannt haben, das anerkennen wir in der Tschechoslowakischen Republik auch als richtig. Denn es ist uns die Tschechoslowakische Republik ge-

nan so teuer, wie den deutschen Arbeitern ihre deutsche Republik.“ — Der Schreiber dieser Notiz im „Pravo Lidu“ übertrifft absichtlich, daß das Gesetz zum Schutze der Republik in Deutschland geschaffen werden mußte, da von den nationaltschechischen, reaktionären Parteien in Deutschland kein Monat lang zum Worte und zum reaktionären Umsturz gekehrt worden ist. In Deutschland war das Gesetz eine dringende Notwendigkeit, sollte die deutsche Republik nicht im Wirbel reaktionärer Taten zugrunde gehen. In diesem Staate können die Bestimmungen dieses Gesetzes, das einen blutigen Pöbel auf alle demokratischen Bestrebungen bedeuten würde, nur auf das Attentat gegen Dr. Rohm hinweisen. Die frühere Zugehörigkeit des Attentäters zu einer politischen Partei genügt, um die Koalitionsparteien einmütig in dem Rufe zu vereinigen: „Die Republik ist bedroht!“ Sie wäre es vielleicht, wenn sie sich noch Republik nennen dürfte.

Immunitätsüberlegung durch die politische Bezirksverwaltung Deutsch-Gabel. Die politische Bezirksverwaltung in Deutsch-Gabel, der die Verfassungsurkunde und die Tatsache, daß Bürgermeister Vinzenz Kraus in Deutsch-Gabel Mitglied des Abgeordnetenhauses der Nationalversammlung ist, nicht unbekannt sein kann, hat den genannten Bürgermeister wegen angeblicher Pflichtverletzung in der Angelegenheit der Ortstafeln zu einer Ordnungsstrafe von 40 K verurteilt. Nach § 24 der Verfassungsurkunde ist zu jedweder Straf- oder Disziplinarverfolgung eines Mitgliedes der Nationalversammlung die Zustimmung der zuständigen Kammer erforderlich. Da diese Zustimmung weder gegeben noch verlangt worden ist, liegt ein klarer Verstoß der Verfassungsurkunde und der objektive Tatbestand des Artikels 1 des Gesetzes vom 17. Dezember 1862, R.G.B. Nr. 8 vom Jahre 1863, vor. Selbstverständlich ist die unter Verstoß gegen die Verfassungsurkunde ergangene Strafverfügung null und nichtig und weder der Rechtskraft noch der Vollstreckung fähig.

Gegen die Opposition in der tschechisch-meritalen Partei wandte sich Minister Sramel in einer Rede, die er auf der sonntägigen mährischen Tagung seiner Partei gehalten hat. Er besaßte sich zunächst mit der gebesserten Situation der tschechisch-meritalen Partei seit dem Umsturz und sagte dann: „Einige Abgeordnete wollen mehr erreichen, als überhaupt zu gewinnen möglich ist. Wenn es jemand wagt, die einheitliche Partei abzubrechen und die allgemeine freundliche Stimmung zur Arbeit in der Partei zu verderben, so muß dieses Treiben als eine große Verweigerung bezeichnet werden. Mit den bisherigen Erfolgen können wir zufrieden sein, aber wir dürfen die Hände nicht in den Schoß legen.“ Minister Sramel erklärte dann, daß sich die Partei zu den Gemeindevahlen vorbereiten müsse, daß ihr als großes Ideal katholische Religion zu haben vorschweben und daß die tschechisch-meritalen Republik ein Nationalstaat bleiben müsse. Sie würden die tschechisch-meritalen den Weg, den ihre vertriehen Brüder in der Slowakei gehen, beschreiten. Die Rede Sramels war in einzelnen ihrer Teile ganz deutlich gegen den Abgeordneten Malskovic und den rechten Flügel der Meritalen gerichtet.

Die nächsten Gesetzesvorlagen. Der Klub der Senatoren der tschechisch-meritalen sozialdemokratischen Arbeiterpartei hielt vorgestern eine Sitzung ab, in welcher Minister Cechyns ein ausführliches Exposé über die letzten Ereignisse in der Republik und über die auswärtige Situation erstattete. Er berichtete sodann über die Vorbereitungen der Regierung für das Ende der Herbst- und hauptsächlich für die Frühjahrssession. Bezüglich des projektierten Gesetzes über den Schutz der Republik

erklärte er, daß seine Tendenz sich gegen keine Partei, Klasse oder Nationalität richten könne, daß es bloß den Zweck habe, die republikanischen Einrichtungen zu schützen. Die Regierung bereite im Zusammenhang mit diesem Gesetz einen Entwurf eines Preßgesetzes und eines Gesetzes gegen die Börsenspekulation vor. Minister Haberman erwähnte, daß ein Gesetz über den Mieterschutz, ein Gesetzentwurf über bezahlte Urlaube und über Arbeitsinspektion in Vorbereitung sei; im Februar werde das für die Sozialversicherung der Regierung den Gesetzentwurf über die Sozialversicherung vorliegen, damit diese es in der Frühjahrssession der Nationalversammlung abtrete.

Verans Nachfolger im Abgeordnetenhause ist strittig. Dr. Baeran wurde im Brünnener Wahlkreis ins Abgeordnetenhause auf eine Kandidatenliste gewählt, auf welcher außer ihm noch der christlichsoziale Abgeordnete Budik und der Agrarier Dr. Sabureich standen. Als vierter Kandidat war auf der Wahlliste Alois Stengel, Müller in Mähr.-Odrau, als fünfter Sekretär Eduard Sevensky, als sechster Landesgerichtsrat Lunacek verzeichnet. Nachjuristen hätten nun Alois Stengel, der aber zur deutschdemokratischen Freiheitspartei gehört. Da nun der Wahlgerichtshof die prinzipielle Entscheidung gefällt hat, daß der Nachfolger eines Abgeordneten derselben Partei angehören muß, ist das Mandat strittig. Der Wahlgerichtshof wird also wieder Arbeit bekommen.

Svehla geht auf Urlaub. Der Gesundheitszustand des Ministerpräsidenten Svehla hat sich — wie „Ceske Zlono“ meldet — gebessert; aber die Krankheit ist derart, daß sie noch eine längere Zeit zur Heilung erfordert wird. Deshalb wird sich der Ministerpräsident auf einen mehrmonatigen Urlaub begeben.

Morgen große Arbeitslosendemonstration in Wien.

Wien, 25. Jänner. (Eigenbericht.) Heute Nachmittag hat eine von der Gewerkschaftskommission und dem Parteivorstand einberufene Konferenz der Vertreter der Gewerkschaftskommission und des Branchenarbeitslosenausschusses stattgefunden. In der Konferenz wurde zunächst über den Stand und die Aussichten der Arbeitslosenforderungen Bericht erstattet. Es wurde darauf verwiesen, daß vom Christlichsozialen Verband eine Antwort auf das sozialdemokratische Verlangen, daß die Unterstützung der Arbeitslosen erhöht werde, nicht eingelangt ist. Es wurde sodann im Einvernehmen mit dem Parteivorstand und der Gewerkschaftskommission beschlossen, daß am Samstag, den 27., eine große Demonstration veranstaltet werden soll, die nicht nur von den Arbeitslosen, sondern von der gesamten Arbeiterkraft Wiens veranstaltet wird. Um ein Uhr versammeln sich an diesem Tage die Arbeiter in den einzelnen Bezirken und ziehen hierauf zur Ringstraße, wo die Demonstration beim Parlament vorbeiführt werden soll. Die Demonstration gilt nachstehenden Forderungen: 1. Den Forderungen der Arbeitslosen, 2. gegen die willkürliche Lohnreduzierung, 3. gegen die willkürliche Entlassung der Angestellten und 4. für die sozialpolitischen Errungenschaften. Ausgenommen von der Demonstration sind die Angestellten lebenswichtiger Betriebe und die Transportarbeiter. Alle anderen Betriebe haben die Arbeit während der Demonstration einzustellen.

Edward Jenner.

(Zum 100. Geburtstag des Entdeckers der Pockenimpfung, 26. Jänner 1823.)

Edward Jenners Verdienste um die Menschheit kann nur derjenige richtig einschätzen, der sie als Historiker würdigt. Vielen scheint es heute als selbstverständlich, daß es keine Blatternepidemien gebe. Sie wissen nichts von den furchtbaren Jahrtausenden unter den Völkern der Welt anrichtete, von dem langen, mühseligen Weg, der zur endgültigen Ueberwindung der Seuche führte, und von der weltgeschichtlichen Bedeutung jenes 14. Mai 1796, an dem der englische Arzt Jenner an dem achtjährigen Knaben James Phipps die erste Impfung mit humanisierter Pocklymphe vollzog.

Im 18. Jahrhundert starb jeder zwölfte Mensch an den Blattern; Unzählige waren durch die Krankheit körperlich geschwächt und trugen ihre Spuren auf Lebenszeit im entstellten Antlitz. Zwar konnte man im Volke das „Pockenlaufen“, das heißt: man verjagte das Pockengift abgeschwächen, indem man gesunde Kinder absichtlich der Infektion mit Blatternkranken aussetzte, und vom Orient war das vacille Vorbeugungsmittel der Inokulation oder Variolation, der künstlichen Einimpfung der Menschenblattern, schon um 1720 nach Europa überbekommen. Aber beide Methoden bewirkten oft nur das Gegenteil des angestrebten Blatternschutzes: Vermehrung der Sterbefälle und Entkränkungen. Erst die Vaccination: die Schutzimpfung mit der Pocklymphe pockenkranker Kühe eröffnete die Aussicht auf einen Weg, der zur endgültigen Beseitigung der Seuche führen konnte. Im Volke selbst war es längst bekannt, daß der blatternartige Ausschlag am Euler erkrankter Kühe das mit dem Melken beschäftigte Gesinde infizierte und so bei späteren Pockenepidemien vor Ausbreitung schützte. Aber Jenner war es, der durch die Verbindung der Volkstradition mit experimenteller wissenschaft-

licher Forschung dazu gelangte, humanisierte (d. h. dem Menschenkörper eingetragene) Pocklymphe als Schutzmittel gegen Blattern anzuwenden.

Edward Jenner wurde am 17. Mai 1749 als dritter Sohn eines Barbers zu Berkeley in der Grafschaft Gloucestershire geboren. Nach vierjähriger Lehrgang bei einem Apotheker und chirurgischen zu Sudbury bei Bristol kam er 1770 als Schüler in das Haus des berühmten Anatomen und Chirurgen John Hunter in London, dessen fördernde Freundschaft er sich erwarb. 1773 ließ er sich in Berkeley als Viegeheuer Wundarzt nieder. Schon in jungen Jahren hatte ihn das Problem der Pockenübertragung zu Heilzwecken lebhaft beschäftigt. Von einer Bäuerin auf die Saugkraft der Kuhpocken gegen Menschenblattern hingewiesen, begann er selbständige Untersuchungen über den Gegenstand und kam schon 1788 zu dem Resultat, daß die Kuhpocken dem Menschen vor Blatterninfektion schützen und die künstliche Ueberimpfung der Kuhpockenlymphe auf den menschlichen Organismus gerechtfertigt sei. Bei der erwähnten ersten Impfung, die er 1796 an dem achtjährigen James Phipps vollzog, verwendete er aber nicht die ordinäre Kuhpocke, sondern humanisierte Pocklymphe: er entnahm den Impfstoff einer Pustel, die sich die Milchmagd Sarah Nelmes beim Melken pockenkranker Kühe zugezogen hatte. Die Impfung bewirkte bei dem Knaben vollkommene Immunität gegen Menschenblattern; zwei zur Kontrolle vorgenommene Blatterninokulationen bestätigten den Erfolg.

Nach einer Anzahl weiterer, ebenso günstig verlaufener Probeimpfungen veröffentlichte Edward Jenner die Resultate seiner epochealen Entdeckung im Jahre 1798 unter dem Titel: „Ein-Untersuchung über die Ursachen und Wirkungen der Kuhpocken“. Er schildert in der Einleitung, wie sich ihm der Ausgangspunkt der Epidemie darstellte: „Die Pferde leiden im Zustand der Zahnheit häufig an einer Krankheit, welche die Husschmiede Mautke (the Grease) genannt haben. Es ist dies eine Entzündung und Anschwellung an der Hufe, aus der eine Materie

von ganz besonderer Eigenschaft ausfließt, die im menschlichen Körper (und zwar, wie noch gezeigt werden wird, in anderer Form) eine den Blattern so ähnliche Krankheit erregt, daß ich ganz und gar nicht bezweifle, die Blattern selbst hätten aus dieser Quelle ihren Ursprung genommen. In dieser Melker-Gegend wird eine große Zahl von Kühen gehalten und das Melken unterschiedlos von Mädchen und Mädchen verrichtet. Wenn zufällig ein Bursche auf die mit der Mautke behafteten Pferdebesitzer umfährt, legt, auf Saubereit nicht achtet und mit seinen vom anstehenden Eiter beschmutzten Fingern das Melken der Kühe vornimmt, so ereignet es sich häufig, daß die Krankheit von der infizierten Hand den Kühen, von den Kühen aber den Milchmägden mitgeteilt wird, die das Melk auf das ganze Gesicht und den übrigen Viehstand verbreiten, bis die Dienstleute die unangenehmen Folgen verspüren.“ So wird nach und nach ein ganzer Bezirk von dem Kuhpockengift infiziert. Aus der Tatsache aber, daß der Mensch, der von ihm ergriffen worden ist, später gegen die ansteckende Wirkung der Menschenblattern geschützt bleibt, leitet Jenner seine Methode der Impfung und Wiederimpfung mit humanisierter Pocklymphe ab.

Seine Darlegungen wurden zunächst skeptisch aufgenommen. Die Royal Society in London warnte: er möge den durch seine bisherigen Arbeiten erworbenen Ruhm nicht durch die gegenwärtige auf Spiel setzen. Keryllische Widersacher griffen ihn heftig an. Aber seine Entdeckung, gestützt durch neue Beobachtungen, brach sich allmählich Bahn, riß die Welt zur Bewunderung hin. Das englische Parlament widmete ihm Ehrungen. Allenfalls waren Anhänger seiner Lehre für die Verbreitung der Schutzpockenimpfung tätig. In London wurden von 1798 bis 1800 bereits 15.000, in Deutschland während derselben Zeit 30.000, in Italien von 1798 bis 1808 nicht weniger als eineinhalb Millionen Impfungen vollzogen.

Jenner selbst widerstand dem verlockenden Ruf, den Siz seiner Tätigkeit nach London zu verlegen. Er war ein Liebhaber des Landlebens

und weichte mit Vorliebe in Berkeley und Cheltenham, wo er sich unermüdet und unter großer Geldopfern der Vervollkommnung und Förderung seines Wertes widmete. Seinen Stammespfing James Phipps ließ er aus Dankbarkeit ein Haus erbauen, in dessen Garten er eigenhändig Rosen pflanzte. Er starb am 26. Januar 1823 in seinem Heimatsort Berkeley. England ehrte später das Andenken des großen Wohltäters der Menschheit durch die Errichtung eines Standbildes auf dem Trafalgar Square in London. Aber auch die anderen Nationen hatten Grund zur Dankbarkeit. „Wenn auf irgend Jemand der Begriff der irdischen Unsterblichkeit anwendbar ist, so ist er es“, sagt Dufeland, der berühmte deutsche Gesundheitslehrer, in einem Nachruf. „Er wird genannt werden bis ans Ende der Tage als einer der größten Wohltäter der menschlichen Gesellschaft. Selig, wenn ein solches Los fiel!“

Trotz der augenscheinlichen praktischen Erfolge der Schutzpockenimpfung ist der Kampf um Edward Jenners Entdeckung bis zum heutigen Tag nicht verstimmt. Namentlich die Einführung des Impfwanges in verschiedenen Kulturländern erregte den leidenschaftlichen Widerspruch der Impfgegner. Es sprachen dabei allerdings meist Weltanschauungs-differenzen mit, deren Wurzeln außerhalb der rein physiologischen Tatsachen zu suchen sind. Jedenfalls haben die Anhänger der Pockenimpfung die Statistik für sich. In Preußen beispielsweise starben vor Einführung des Reichsimpfgesetzes von je 100.000 Personen jährlich 7,32 bis 62 an den Pocken; nach Einführung des Impfwanges — in Zeitraum von 1875 bis 1886 — sank die Sterbeziffer auf 0,21 bis 3,62 herab. Und ähnlich lagen die Verhältnisse in den übrigen europäischen Ländern. Wenn man sagte, daß Jenner durch seine Entdeckung mindestens tausendmal soviel Menschen das Leben erhalten hat, als alle furchtbaren Kriegsmaschinen vernichtet haben, so ist das keineswegs eine Uebertreibung. Dr. M.—r.

Das Baugesetz im Senat.

In der gestrigen Sitzung des Senates wurde unter anderem das Gesetz über die Baubewegung beraten. Senator Genosse Löw benutzte die Gelegenheit, um die diesem Gesetze anhaftenden Mängel zu beleuchten. Er hob besonders hervor, daß das Gesetz nicht geeignet ist, die Wohnungsnot zu lindern und der Arbeitslosigkeit zu steuern. Redner vermehrte besonders, daß zum Schutze der Bauarbeiter nichts getan werde. Charakteristisch für unsere Deutschbürgerlichen aller Schattierungen ist es, daß ihre Redner in besonders bewegten Worten das Lied vom Leide der Hausbesitzer jangen. Die Mieter sollten sich das für die nächsten Wahlen merken.

Am Schlusse der Sitzung bot der Senat nicht den gewohnten Anblick der beschaulichen Ruhe, der sonst über dieser Kammer auf dem Kleinfeldner Landtagsplatz walte. Als der Senator Matusek gar mit den Häufigen auf den Tisch schlug, glaubte man, im Hause, das auf dem jenseitigen Ufer der Moldau steht, zu weilen. Es scheint, daß die lange parlamentarische Zeit, in der allerdings auf der politischen Bühne durchaus nicht Ferienstimmung herrschte, und die nun vorüber ist, nicht zur Beruhigung der Gemüter beigetragen, sondern im Gegenteil zur Aufspeicherung politischer Energien geführt hat. So können die Szenen im Hause unserer „Bears“ ein Vorbild gewesen sein zur nächsten Sitzung der Kammer der Abgeordneten.

*

Präsident Braschel eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 30 Minuten vormittags und verliest eine Zuschrift des Senators Dr. Spiegel, in der dieser im Sinne des § 23 Absatz 3 beantragt, der Senat möge die Entscheidung des Initiativ-Ausschusses vom 20. Dezember, durch welche der Antrag Spiegel, die Geschäftsordnung dem Verfassungsgerichtshof vorzulegen, abgelehnt wird, auf die Tagesordnung einer der nächsten Sitzungen des Senates stellen. Dieser Antrag wird abgelehnt, was auf den Bänken der Deutschbürgerlichen Protestrufe weckt.

Nach der zweiten Lesung einiger Vorlagen wird zur Beratung des Gesetzes über die Baubewegung geschritten. Die Berichterstatter empfehlen dessen Annahme.

Als erster Debatterendner ergreift das Wort Senator Dr. Silgenreiter (d. Christ-Soz.) erklärt, der Fluch von Versailles komme über Europa. Wir sehen mit tiefer Entrüstung den französischen Beutezug im Ruhrgebiete. Uns tröstet nur die Einsicht des deutschen Volkes, und wir hoffen, daß auch diese Unglückstage ausgehen werden zum Segen und zum Heile des deutschen Volkes. (Vizepräsident Kadisak fordert den Redner auf, zur Sache zu sprechen.) Dr. Silgenreiter begrüßt es, daß das Gesetz für die Baubewegung verlängert werden soll. Trotzdem wir dieses Gesetz begrüßen, können wir es nicht annehmen, denn es ist aufgebaut auf dem Vertrauen zur Regierung. Wir Deutsche haben in der Republik noch keine Wohnung und die muß zuerst gebaut werden. In dem Staate wird nicht früher Ruhe werden, bevor nicht für seine Minderheiten entsprechende Wohnungen gebaut werden. Darum appelliere ich an den Senat, daß sich doch endlich einmal Männer finden, damit wir gemeinsam bauen an dem gemeinsamen Wohl unserer Völker.

Senator Dr. Kovalik (slow. Volksp.) besaßt sich mit der Durchführung des Gesetzes in der Slowakei.

Senator Genosse Löw

Ich habe gesagt, daß wir uns für das Gesetz deshalb interessieren, weil wir dadurch der Arbeitslosigkeit steuern wollen. Gerade bei der Unterstützung der Bauarbeiter wurde bestimmt, daß sie diese nur 6 Wochen beziehen sollen, während den anderen industriellen Arbeitern eine sechsmonatliche Unterstützungszeit gewährt wird. Überall sehen wir, wie ein Fluch auf den Bauarbeitern lastet. Ich muß sagen, daß dieses geradezu unverständlich ist. Das Baugewerbe ist nur dem Namen nach ein Saisongewerbe. In Wirklichkeit ist der Bauarbeiter im Sommer wie im Winter beschäftigt. Die Entlohnung ist nicht so groß, daß er im Sommer etwas sobiel verdienen würde, um im Winter noch davon leben zu können. Es ist also unrichtig, wenn man die Bauarbeiter als Saisonarbeiter bezeichnet. Es wäre notwendig, daß sich der Minister für soziale Arbeiten dafür einsetze, daß auch die im Baugewerbe beschäftigten Arbeiter bei der Unterstützungsgewährung den übrigen Arbeitern gleichgestellt werden würden.

Es ist anzuerkennen, daß einzelne Paragraphen des Gesetzes eine Verbesserung erfahren haben, allerdings keine genügende. In erster Linie ist der Staat verpflichtet, daß er Wohnungen und Arbeitsgelegenheit schafft. Mit dem Betitel der staatlichen Unterstützung ist dem Arbeiter nicht geholfen. Wir müssen auch dafür sorgen, daß den Bauarbeitern ein gewisser Schutz gewährt wird. Wir haben und schon im alten österreichischen Parlamente dafür eingeleitet, daß auch für die Bauarbeiter ein Schutzgesetz geschaffen werde. Es hat sich damals immer eine Mehrheit gefunden, die den Antrag schon im Ausschusse niederkam. Hier, in diesem Hause und auch drüben im Abgeordnetenhause, haben wir es auch noch nicht soweit gebracht, daß für die Arbeiter im Baugewerbe ein eigenes Arbeiterschutzgesetz geschaffen werde. Doch leben wir, daß es einer der gefährlichsten Betriebe ist, und daß das Baugewerbe in bezug auf Unfälle gleich nach dem Bergbau kommt. Wenn Sie die heutigen Blätter zur Hand nehmen, finden Sie, daß in Berlin dadurch, daß eine allzugroße Belastung der Bedenkonstruktion stattfand, ein Einsturz erfolgte und bereits 14 Tote unter den Trümmern hervorgezogen worden sind. Was heute aus Deutschland gemeldet worden ist, können wir morgen auch bei uns haben.

Ich habe gesagt, daß wir uns für das Gesetz deshalb interessieren, weil wir dadurch der Arbeitslosigkeit steuern wollen. Gerade bei der Unterstützung der Bauarbeiter wurde bestimmt, daß sie diese nur 6 Wochen beziehen sollen, während den anderen industriellen Arbeitern eine sechsmonatliche Unterstützungszeit gewährt wird. Überall sehen wir, wie ein Fluch auf den Bauarbeitern lastet. Ich muß sagen, daß dieses geradezu unverständlich ist. Das Baugewerbe ist nur dem Namen nach ein Saisongewerbe. In Wirklichkeit ist der Bauarbeiter im Sommer wie im Winter beschäftigt. Die Entlohnung ist nicht so groß, daß er im Sommer etwas sobiel verdienen würde, um im Winter noch davon leben zu können. Es ist also unrichtig, wenn man die Bauarbeiter als Saisonarbeiter bezeichnet. Es wäre notwendig, daß sich der Minister für soziale Arbeiten dafür einsetze, daß auch die im Baugewerbe beschäftigten Arbeiter bei der Unterstützungsgewährung den übrigen Arbeitern gleichgestellt werden würden.

Am vergangenen Montag hat im Markthaber Bezirk eine Arbeitslosenversammlung stattgefunden und in einer Resolution

wirkt, innerhalb dessen sich die singenden und tanzenden Deutschen bewegen, alles übrige ist tot, dunkel und unbewegliche Fläche. Nicht Raumkunst, sondern Flächenkunst ist das Prinzip der ganzen Gestaltung, hier treten die Figuren wie aus einer Porzellanmasse, dort wie aus einem Plakat und dort wieder wie aus einem Kaspertheater hervor. Man sieht: die malerischen Reize umgeben in Dekoration und Kostüm, gehoben durch zarte Lichteffekte, sind das, was den Zuschauer am meisten gefangen nimmt, Müßigkeit und Bewegung treten, mögen sie bisweilen noch so ausgelassen sein, nur andeutungsweise hinzu. Erst recht verschwindet, zumal die Darsteller russisch sprechen, die ganz nebensächliche Handlung und auch die Einzelleistung bedeutet weniger als nichts. Da sie doch nur die Aufgabe, im Ganzen stilgerecht aufzugehen und das gelingt ihr in vollendeter, auch für die Kunst des „großen“ Theaters schlechthin vorbildlicher Weise. Die einzige Person, die aus dem Ensemble mit individuellen Zügen hervortritt, ist der Direktor J. Juchnij. Der wieder ausgelebte Wiener Hanswurst, nur in russischer Auflage, hält er die Verbindung zwischen Bühne und Publikum in zwerchfellerhütternder Weise aufrecht, seine derben Verweise an Zuspätkommende, seine Stegreiswitz, politischen Ausfälle und seine unnachahmliche Redebrechen der deutschen Sprache schaffen, wie es der seltsame Stranitzky anno 1712 mit dem Salzburger Zauschneider tat, einen neuen Typus Spakmacher. Es ist etwas in seiner Art vollkommenes, was der „Blaue Vogel“ bietet, aus dem ellen Dunst der Gegenwart rettet er uns für Stunden in eine schönere, heitere Welt, und diese Art Romantik darf uns immer willkommen sein, wenigstens auf der Bühne.

Dr. Alfred Kleinberg.

„Der blaue Vogel.“

Gastspiel des russisch-deutschen Künstlertheaters am Prager Neuen Theater.

„Der blaue Vogel“ — der Name hat etwas Romantisches, klingt einem doch bei seinem Lauten das Symbol aller Romantik, die deutsche „Blaue Blume“ von 1800, unwillkürlich im Ohr. Und tatsächlich ist der Grundton des Unternehmens Romantik, denn es lebt und weht in der Erinnerung an ein Kislav, das nicht mehr ist, dessen harmlose Fröhlichkeit in den Gärten der Revolution verbrannt, vom Marschschritt der roten Armee verstampft wurde. Das Ideal des russischen Bauern- und Kleinbürgerturns steht hier noch einmal auf, im tiefsten unwirklich, wie jedes Ideal eigentlich ist, aber anmutig und unwiderstehlich verlockend. Dieses Nationaltrauische, herzhafte Volksmärchen im Großen wie im Kleinen ist geeignet, der erstarrten Kleinkunst des Cabarets neue, warme Blutströme zuzuführen, sowie das um 1900 Wolgogent „Meberdreit“ und ein Jahrzehnt später die Münchner „Elf Scharf-richter“ getan haben. Und als das zweite Original und Reimkräftige der Sache darf man den geradezu fähnen, konsequenter durchgeführten Versuch bezeichnen, das Kunstgewerbe (natürlich wieder das russische) mit Atem und Bewegung zu erfüllen. Denn genau genommen, ist jede einzelne Darstellung ein „lebendes Bild“, gestellt und geordnet nach einem der vollendeten Zäbelchen der Kleinkunst, wie jedes Volk sie hervorbringt, nach einem bunten gemalten Teller, nach Holzfiguren, Spielzeuggestalten, Töpferwaren oder Webereien. Die Fiktion eines kunstgewerblichen Gegenstandes wird schon durch den eng abge-
 fecten, von klaren Linien untrüben Rahmen be-

wurde da zum Ausdruck gebracht, daß die Arbeiter auf die Unterstützung verzichten wollen. Sie wollen nicht den Verteilspennung haben, sie wollen Arbeit und Verdienst! Die können wir ihnen nur geben, wenn wir vernünftige Gesetze machen, wenn wir die Gesetze so ausgestalten, daß tatsächlich Arbeitsgelegenheit geschaffen wird. Da hätte man schon etwas weitergehen müssen, als es das vorliegende Gesetz tut.

Redner begründet sodann in ausführlicher Weise die von unseren Genossen eingebrachten Änderungsanträge, um deren Annahme er ersucht. (Lebhafte Beifall.)

Senator Dr. Raegle (d. Nat.) bespricht zunächst das Baugesetz und sagt dann: Am drückendsten wirkt das Bewußtsein, daß wir in diesem Staate nicht einmal mehr von der Justiz wahre Berechnung zu gewärtigen haben. Was gestern einem Baerzan passiert ist, kann morgen einem anderen passieren. Redner bespricht dann Einzelheiten aus dem Baerzanprozeß, wird deshalb von Vorlesenden wiederholt aufgefordert, zur Sache zu sprechen und dreimal zur Ordnung gerufen.

Senator Anesich (Bd. d. Landw.) bezeichnet das Gesetz als ein Unrecht, weil es gegen die Landwirte eine feindliche Tendenz verfolgt.

Senatorin Dr. Herzog (d. Nat.) appelliert an den Staat, endlich einmal selbst mehr zu bauen. Solange immer neue Abgaben und Umlagen den Hausbesitzern aufgebürdet werden, wird die Baulust nicht gehoben werden.

Senator Chlumecly (Kommunist) handelt die Bauarbeit in der Slowakei und in Karpathen an.

Es folgt die Abstimmung. Die Vorlage wird in erster und zweiter Lesung in der Fassung des Abgeordnetenhauses angenommen. Alle Änderungsanträge werden von der Koalition niedergestimmt. Die Senatoren Raegle und Genossen haben einen Antrag eingebracht, durch den der Minister des Inneren aufgefordert wird, in der nächsten Sitzung des Senates Bericht über die augenpolitische Lage zu erstatten. Der Antrag wird abgelehnt, was auf den Bänken der Deutschbürgerlichen lebhaften Protest hervorruft. Es eröfnet Stimmgen: Dr. Vencs macht Politik bei geschlossenen Türen! Geheimdiplomatie! u. a. Die Kommunisten protestieren ebenfalls gegen Vencs' Außenpolitik durch Zwischenrufe. Senator Matusek haut mit der Faust auf den Tisch und ruft: Das ist die Feigheit der Regierung! Die Entrüstung pflanzt sich in die Reihen der deutschen Sozialdemokraten fort. Senator Genosse Polach ruft, zu den tschechischen Sozialdemokraten gewandt: „Ihr wart die einzige sozialistische Partei, die gegen die Besetzung des Ruhrgebietes nicht protestiert hat! Die Belgier und Franzosen haben ihre Stimmen gegen Poincaré erhoben, Ihr Schweigen!“ Unter allgemeiner Erregung wird die Sitzung geschlossen.

Ein englischer Genosse im Ruhrland.

Genosse Charles Roden Burden, der hervorragende Führer der englischen Arbeiterpartei, weilte in den letzten Tagen als offizieller Abgeordneter der Unabhängigen Arbeiterpartei im Ruhrrevier mitten unter den kämpfenden Arbeitern, nahm an ihren Versprechungen mehrfach teil und übermittelte ihnen die Grüße der englischen Arbeiterschaft. Auf der Rückfahrt von Essen nach Berlin hatte ein Genosse Gelegenheit, sich mit Genossen Burden ausführlich über die Eindrücke, die er im Ruhrrevier aufgenommen hatte, zu unterhalten. Genosse Burden äußerte sich folgendermaßen:

Ich habe die Störungen, die der Einmarsch der Franzosen im alltäglichen Leben der Arbeiter verursacht hat, an der Quelle studieren können, denn ich habe bei einem Bergarbeiter gewohnt, mit dem mich vor zwei Jahren Otto Hue bekannt gemacht hatte, und habe mit vielen Arbeitern gesprochen. Der Einmarsch machte sich bei den Massen sofort durch ein Steigen der Lebensmittelpreise bemerkbar. Es entstand eine allgemeine Verunsicherung. Niemand wußte, was am kommenden Morgen werden sollte. Besondere Empörung erregte es dann, als die Arbeiter ihre Kinder nicht mehr zur Schule schicken konnten, weil die Schulen von den fremden Garnisonen beschlagnahmt worden waren. Das Verhalten der französischen Behörden gegenüber den Arbeitern kann ich nur als unverkennbar bezeichnen. Ich habe noch nie etwas Ähnliches gesehen. Die Arbeiter hassen die französischen Offiziere und die französischen Behörden. Aber sie empfinden gegenüber Frankreich und den französischen Soldaten noch die Entschuldigun, daß sie doch selber unter dem Zwang der herrschenden Klassen ständen. Die Kraft der Arbeiterklasse beruht auf ihrer passiven Resistenz, mit der die feindliche Invasion nicht fertig werden wird. Darin ist die ganze Arbeiterklasse einig, auch die Kommunisten wollen nicht unter den fremden Bajonetten arbeiten. Das Abkommen von Dortmund über die Freigabe der militärisch besetzten Bahnstrecken war ein erster großer Erfolg.

Genosse Burden kam dann auf die Haltung Englands zu dem Vorgehen der Franzosen zu sprechen und führte darüber aus: Die überwiegende Mehrheit des englischen Volkes sei entschlossen gegen Frankreichs gegenwärtige Politik. In bürgerlichen Kreisen ist der Umschwung erst in letzter Zeit zögernd und allmählich erfolgt. In den Arbeiterkreisen, die schon seit vier Jahren

Stellung gegen den Frieden von Versailles genommen haben, ist das Gefühl gegen das französische Unrecht viel stärker entwickelt. Die englischen Arbeiter sehen in dem Vorgehen Frankreichs den Gipfel des Imperialismus. Die Stimmung gegenüber den kämpfenden Kameraden im Ruhrrevier ist die einer vollkommenen Solidarität, wie ja auch meine Entsendung nach dem Ruhrrevier beweist. Würde es freilich im Bewußtsein im Ruhrrevier kommen, dann könnte diese Stimmung leicht umschlagen. Wir würden eine Intervention, sei es des Völkerbundes, sei es Amerikas, begrüßen. Wie weit unsere Kraft reichen wird, die Regierung in positivem Sinne zu beeinflussen, läßt sich natürlich im voraus nicht sagen. Einen günstigen Umstand bedeutet es, daß auch die kaufmännischen Kreise klar gegen die französische Politik Stellung genommen haben. Eine aktive militärische Unterstützung Frankreichs durch England würden wir auf alle Fälle verhindern können, aber die wird wohl für keine englische Regierung mehr in Frage kommen. Für uns von der Unabhängigen Arbeiterpartei handelt es sich hier nicht um Frankreich oder Deutschland, sondern um einen Kampf zwischen dem Militarismus und der Arbeiterklasse. Und da stehen wir mit unseren ganzen Herzen auf der Seite der kämpfenden Kameraden im Ruhrrevier.

Unruhe in Polnisch-Oberschlesien.

Die gegenwärtige mitteleuropäische Krise teilt sich auch der polnischen Republik mit. Augenblicklich findet im Lande eine außerordentlich Generalmobilisierung statt. Die nach Verfühlung der Regierung nur manövermäßig ausgehenden Truppen sind im Norden, im Osten, zum Teil auch im Westen zusammengezogen. Ausgehoben wurde alles, was irgend militärisch ist. Sogar die Sejmabgeordneten haben Gefestigungsbefehle erhalten, wenigstens soweit sie Offiziere sind. Der Wojwode von Polnisch-Schlesien, Herr Wollan, gab nach seiner Rückkehr aus Warschau im schlesischen Tejm die Erklärung ab, die polnische Regierung denke nicht an irgendwelche Angriffsabsichten. Ebenso versicherte der Presschef der Regierung den Vertretern der polnischen Presse, daß Polen nur friedliche Absichten habe. Diese Generalmobilisierung sei nur eine allgemeine Musterung, die notwendig sei, um endlich die Heberbeit über die verfügbare Stärke zu haben. Das war bisher noch nicht der Fall. Besonders Weichrusland ist militärisch noch nicht erfasst. Daß diese Generalmusterung jetzt stattfindet, hat seinen Grund darin, daß die Militärverwaltung die Arbeiter nicht behindern will, die im nächsten Monat einziehen.

Im polnischen Oberschlesien ist von einer Verstärkung der Truppen nichts zu bemerken. Musterungen dürfen hier nach dem Genfer Vertrage erst in fünf Jahren stattfinden. Dagegen werden sehr eifrig Treiwaffen gesucht. Die Polizei ist seit einigen Tagen ständig in Alarmbereitschaft, angeblich, weil man Übergriffe des deutschen Selbstschutzes an der Grenze befürchtet. Ausdrücklich wird verbotet, daß in Polnisch-Oberschlesien von einer „Bojowka Polska“ nicht die Rede sein kann. Den größten Teil dieser braven Leute hat man in die Polizei gesteckt. Freilich wirken sie dort sehr bedenklich. Es ist aber anzunehmen, daß die Wojwodenschaft tatsächlich ihr Möglichstes tun wird, um Ruhe und Ordnung an der Grenze aufrechtzuerhalten. Sie hat strenge Verordnungen an die Bevölkerung erlassen, um den künstlich gezielten Deutschenhaß einzudämmen und tut alles, um beruhigend zu wirken.

Weniger beruhigend wirkt Korfany. Erster hat die „Scarboferne“ die französisch-polnische Gesellschaft zur Ausbuchtung der ehemals fiskalischen Gruben und Hütten in Polnisch-Oberschlesien, dreißig Millionen zum Ausbau der Delbrückschächte bereitgestellt, obwohl diese Schächte noch nicht zu Polen geschlagen sind. Der endgültige Entscheid des Schiedsgerichtes steht noch aus. Herr Korfany scheint aber recht sicher damit zu rechnen, daß ihm auch dieses wertvolle Objekt in die Hände fällt. Der Mann hat es stets verstanden, das Angenehme mit dem Nützlichen zu verbinden. Als Patriot vergrößert er sein Vaterland um den Umfang der Delbrückschachtfelder und als Generaldirektor der „Scarboferne“ sein eigenes Einkommen durch die Erweiterung der Gesellschaft. Es ist zu hoffen, daß ihm das Schiedsgericht im letzten Augenblick einen Strich durch die Rechnung macht.

Anscheinend steht Polnisch-Oberschlesien kurz vor einer wirtschaftlichen Krise. Die Werke sind nicht vollbeschäftigt. Den Gruben fehlt es an Wagen. Der Markt in Polen kann die produzierten Halbfabrikate nicht aufnehmen. Man hat sich verpflichtet, an Italien eine bestimmte Menge Kohlen zu liefern. Die schlechte Wagenstellung macht die Einhaltung des Vertrages unmöglich. Weil es aber nicht rationell ist, die Kohle auf Halben zu stürzen, arbeiten die Gruben weit unter Leistung. Entfänglich bemerkbar macht sich das Fehlen der verarbeitenden Industrie. Für gewisse Ereignisse z. B. Elektrostahl, hat Polen überhaupt keine Verwendung. Es ist daher begreiflich, daß man dringend wirtschaftliche Annäherung an Deutschland sucht. Polen würde daher heute nur unter einem unwiderstehlichen Zwange und ganz gegen seinen Willen eine unfreundliche Haltung gegen Deutschland einnehmen. Dagegen hat es sehr starke Besorgnisse hinsichtlich eines Konfliktes im Osten.

Genossen, leset und verbreitet die Arbeiterpresse.

Die Gefahren des passiven Widerstandes.

Die Gefahren, welche die Zukunftspolitik der Mächte gegenüber dem deutsch-französischen Zielkampf in sich birgt, haben wir unlängst beleuchtet. Daß auch führende Parteien in Deutschland sich der Einsicht nicht verschließen, welche katastrophalen Folgen für den Weltfrieden ein Verfehlen beider Streitparteien nach sich ziehen, könne und wie die Waffe der passiven Resistenz Deutschlands ein zweifelhafte Schwert sei, wenn nicht zugleich Verständigungsmöglichkeiten gesucht würden, beweist eine mit stillem Verfall angenommene Rede des Genossen Paul Levi in Breslau. Der Referent charakterisierte in großen Zügen die augenblickliche internationale Lage in einem Ueberblick über das Machtverhältnis zwischen dem englischen, amerikanischen, französischen und russischen Imperialisimus, und kam zu dem Schluß, daß keine auswärtige Macht Neigung zeigen werde, sich jetzt aktiv an die Seite Deutschlands zu stellen. Er erinnerte dann noch einmal an die Entschagung des Konfliktes mit der französischen Regierung, deren böser Wille zur Konstruktivität einer Verständigung fehlte. Um so vorzüglicher müßte die Reichsregierung vermeiden, ihr einen Anlaß dazu zu bieten, und es war unnötig, daß das wegen einer Holzfällung von nur 5 Goldmillionen Wert gehandelt, die nach den Erklärungen der Reichsregierung selbst ausschließlich durch die ungeheuerliche Valutapetulation der Holzinteressenten verzögert wurde. Die sozialistische „dialektische“ Reichsregierung legte aber auf „nationale Würde“, wie sie sie aufsaßte, so viel Wert, daß darüber die Erfüllungspolitik unmöglich wurde, die zwei Jahre lang die Franzosen vom Ruhrgebiet ferngehalten hatte, und der Dollar in zwei Monaten mit einem ganz neuen Tempo bis auf über 20.000 stieg.

Der „passive Widerstand“, der gegenwärtig als einziger Ausweg aus der katastrophalen Situation angesehen wird, kann seiner ganzen Natur nach sehr leicht zum aktiven Widerstand werden. Das aber würde Krieg bedeuten, einen aussichtslosen, geradezu wahnsinnigen Krieg. Die Stimmungsmache der bürgerlichen Presse aus dem Ruhrgebiet entwickelt sich auch schon ganz wie 1914. Die „Breslauer Nachrichten“ zeigen allerdings unfehlbar die ganze Wählerlichkeit dieser Mächte, wenn sie unter die Riesenüberschrift „Vor der Vertreibung von Münster“ die Schlagzeile „Erfolge des passiven Widerstandes“ setzen. Pflicht der sozialistisch gesinnten Arbeiterklasse ist es, sich in dieser Situation mit aller Kraft gegen die Katastrophopolitik zu wenden, sie zu verhindern und zu einem friedlichen Ausgleich zu drängen. Krieg würde gleichzeitig das Ende der Republik bedeuten, deren Feinde dann das Heft in die Hand nehmen. Ein Blick auf die Parteilinie im Ausland zeigt, daß den endgültigen Frieden, der Versailles überwindet, nur der Sozialismus bringen kann, für den wir darum unsere letzte Kraft als für den einzigen Rettungsweg einsetzen müssen.

Tuberkulosefürsorge des Landesauschusses in Böhmen.

Die Tuberkulose (Lungenentzündung) sammelt ihre Opfer zwar in allen Klassen der Menschheit, am argsten aber wütet sie doch in der Arbeiterklasse, bei der ihr oft ungenügende Nahrung, unhygienische Wohnung und mangelnde sanitäre Anstalten entgegenkommen. Gerade der wirtschaftlich schwache Arbeiter aber bedarf in Folge der Erkrankung der öffentlichen Hilfe, da er sich keinen Aufenthalt in privaten Sanatorien oder Luftkurorten leisten kann. Der Landesauschuss in Böhmen hat nun den Kampf gegen die Tuberkulose durch Ermöglichung der schonmöglichen Behandlung extraktier Unbemittelter aufgenommen, obwohl er sich bewußt ist, daß zur Beseitigung des Uebels in erster Reihe eine Beseitigung der Ursachen seiner Entstehung notwendig wäre; daß also der Schwerpunkt des Kampfes in das Gebiet der Hygiene und nicht der Therapie zu legen wäre. Doch kann diese den meisten Erfolg versprechende Bekämpfung praktisch wohl am besten durch die Gemeinden und Bezirke erfolgen. Eine gezielte und sachgemäße Therapie ist aber doch unerlässlich und kann nur in besonders ausgestatteten Anstalten und Abteilungen erfolgen. Diesen Einrichtungen folgend, errichtete der Landesauschuss in Böhmen Ende des Jahres 1921 eine Heilstätte für tuberkulose Frauen in Arnau. Anfang des Jahres 1922 wurde eine weitere Tuberkuloseheilstätte für Frauen in Zwidau und bald darauf ähnliche Heilstätten für Kinder in Melktau und für Männer in Schwarz-Kostel errichtet, zu welchem Zwecke der Landesauschuss in Schwarz-Kostel das ganze Krankenhaus in die eigene Verwaltung des Landesübernahm, nachdem das Gebäude des Krankenhauses eine durchgreifende Adaptation erfahren hatte. Die Errichtung der Heilstätte in Práe konnte wegen technischer und Verwaltungsschwierigkeiten im Laufe des Jahres 1922 nicht beendet werden. Der Landesauschuss verfügte daher am Ende des Jahres 1922 (mit den Heilstätten in Friedland und Tannwald, die schon früher errichtet waren) über sechs Anstalten, ausschließlich gewidmet der sachmännlichen Heilung der beginnenden Tuberkulose, von denen vier, und zwar Friedland, Tannwald, Arnau und Zwidau den Frauen, Schwarz-Kostel den Männern und Melktau den Kindern vorbehalten sind. Zur Aufnahme der Kranken in den destruktiven Stadien der vorgeschrittenen Tuberkulose hat der Landesauschuss durch Verhandlungen mit einzelnen Krankenhäusern abgeforderte „Lungenabteilungen“ in die Anstalt gewonnen, welche ausschließlich der Aufnahme dieser Kranken dienen.

Die Protektion der englischen Arbeiter.

London, 25. Jänner. (Reuter.) Der Rat des Gewerkschaftskongresses und der Vollzugsausschuss der britischen Arbeiterpartei haben ein gemeinsames Manifest veröffentlicht, worin die Solidarität der britischen Arbeiterschaft mit den deutschen Arbeitern im Ruhrgebiete ausgesprochen wird. Das Manifest verurteilt die Unstetigkeit der britischen Regierung und erklärt, die französisch-belgische Aktion bezwecke, durch das militärische Unternehmen eine Neuordnung in Europa zu erzwingen, der Großbritannien auf der Pariser Konferenz zustimmen sich geweigert habe. Die Grundlage dieser Regelung sei die Rhein-Ruhr-Grenze für Frankreich und die Zurückführung Deutschlands, die vollständige Kontrolle der hauptsächlichsten Quellen Deutschlands durch die Franzosen und Beherrschung des Kontinents. Das Manifest fordert die britische Regierung auf, in Frankreich, wenn möglich unter Mitarbeit der Vereinigten Staaten, zu intervenieren, um eine sofortige Räumung des Ruhrgebietes zu erreichen. Das Manifest schlägt eine Regelung der Frage der französischen und belgischen Reparationen durch den Völkerverbund vor.

Hamborn besetzt.

Düsseldorf, 25. Jänner. (Wolff.) Hamborn ist von belgischen Eisenbahntrouppen besetzt worden. Die deutschen Eisenbahnbeamten und Arbeiter haben die Arbeit niedergelegt. Der Zugverkehr ruht.

Militärdiktatur in Mainz.

Mainz, 25. Jänner. Während des Prozesses gegen die Feschenbester herrschte Mittwoch in Mainz allenthalben große Erregung. Männer und Frauen standen auf der Straße beisammen, um den Prozeß zu besprechen. Vor dem Gerichtsgelände hatte sich eine große Menschenmenge angesammelt, die patriotische Lieder sang und in ein Hoch auf Deutschland ausbrach. Das Straßengebild war äußerst belebt, französische Truppen und Panzerautos durchzogen die Straßen. Der Bahnhof war militärisch abgesperrt. Im Zusammenhang mit diesen Vorfällen gab heute der Platzkommandant der französischen Truppen in Mainz durch Maueranschlag bekannt, daß der Polizeipräsident der Militärbehörde unterstellt sei und daß die Truppen Befehl erhalten hätten, eventuell von der Waffe Gebrauch zu machen.

Ein Blick hinter die Kulissen.

London, 24. Jänner. (Havas.) Wie Reuter erzählt, hat sich infolge der getriggen Unterredung Poincarés mit dem englischen Gesandten Crewe das Verhältnis zwischen den englischen und den französischen Behörden im Rheinlande erheblich gelockert. Es wird nichts unternommen werden, was sich der Durchführung der von den Franzosen für notwendig erachteten Maßnahmen in den Weg stellen könnte.

Französische Bahnbeamte im Ruhrland.

Paris, 24. Jänner. (Havas.) Nach einer Mitteilung des Kriegsministeriums wurden infolge des Teufelweites auf den deutschen Eisenbahnen im Ruhrgebiete 3750 höhere und niedere Bahnbeamte dorthin entsandt. Sie sind gestern abends abgereist. Nach der ihnen erteilten Instruktion sind sie für eine kurze Zeit entsandt worden. — Die Reichsregierung übt, meint die Agence Havas, unausgesetzt einen Druck auf die

und zwar für Männer in Barnsdorf, Böhmisches Stannitz, Neu-Pala, Reuante, Polna, und für Frauen in Stratonitz, Chrudim, Benešov, Práe und Král. Diese Lungenabteilungen haben keinen eigenen selbständigen Charakter, wie die Heilstätten für beginnende Tuberkulose, sondern sind ein Bestandteil der öffentlichen Krankenhäuser, während die erwähnten Heilstätten mit Ausnahme von Arnau, wo sie mit dem Krankenhaus unter einem Dache ist, zu ihrem Zwecke besonders ausgebaut und meist von dem allgemeinen Krankenhaus räumlich gänzlich isoliert sind, eine höhere Verpflegungstage haben, eigens hierzu bestellten Fachärzten anvertraut sind, ärztliche Spezialausrüstung besitzen und auch administrativ von dem allgemeinen Krankenhaus getrennt sind.

Die Zuteilung der Kranken in die Heilstätten erfolgt durch den Landesauschuss. Eine Maßregel, die sich wohl solange als notwendig erweisen wird, bis ein den Bedürfnissen vollkommen entsprechender Ausbau der Heilstätten die direkte Aufnahme der Kranken durch die Heilstätten selbst ermöglicht wird, die gegenwärtig bei der händigen Ueberführung aller Anstalten den Antritt der Heilungskur nur verzögern würde. Ueber die Aufnahme der Kranken entscheidet zwar auch heute der Anstaltsarzt, aber jener Anstalt, welcher der Kranke mit Rücksicht auf das Vorhandensein leerer Betten durch den Landesauschuss zugewiesen wurde, da eine Evidenz über Aufnahmen und Entlassungen der Kranken in allen Anstalten nur bei der Zentralstelle geführt werden kann.

Bei dem Interesse, das öffentliche und private Körperschaften im allgemeinen der Tuberkulosefürsorge gegenwärtig zuwenden, und da es bekannt ist, daß der Landesauschuss, wenn es sich um die Bekämpfung der Tuberkulose handelt, immer bereit ist, im Rahmen seiner Kompetenz die äußerste Hilfe zu leisten, kann wohl die Hoffnung gehegt werden, daß in absehbarer Zeit der Ausbau der Tuberkulosefürsorge in der Rich-

deutschen Eisenbahnbeamten aus, welche sich dem Befehlen der Militären gegenüber nicht willfährig zeigen.

Brigade Ehrhardt sammelt sich...

Bremen, 24. Jänner. Unserem Parteiblatt, der „Bremser Volkszeitung“, weht ein günstiger Wind folgendes Blatt auf den Tisch: „Freikorps Bremen (Brigade Ehrhardt) sammelt sich...“ Das Blatt ist erst dieser Tage hergestellt und soll zweifellos bei der Mobilmachung der Bremer Ehrhardt-Gesellen als Anschlag dienen. Daß sich die Putschisten in Bremen solche Freiheiten herausnehmen können, ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß Bremen von einem rein bürgerlichen Senat regiert wird, der den nationalsozialistischen, gegen die Befehle verstößenden Geheimorganisationen weitgehendes Entgegenkommen zeigt.

Auch in Hamburg rühren sich die Faschisten. Im Mittagsblatt des Hamburger „Correspondent“ erschien am 13. Jänner folgende Anzeige:

Aufruf!

Das deutsche Vaterland ist in Gefahr! Deutsche aller Stände, ohne Unterschied der Parteien,

Offiziere, Mannschaften aller Truppengattungen, Ingenieure, meldet euch sofort zum Deutschen Bund!

Parole: Für das deutsche Volk!

Mit der Regierung! Gegen den Feind!

Meldungen vorläufig mit genauer Adressen- eventuell Telephonangabe unter L. 131 an die Exp. d. V.

Dieser „Deutsche Bund“ ist natürlich nichts anderes als eine Verkleidung der Ehrhardt-Banden. Die Geheimverbände glauben, daß ihre Stunde gekommen ist. Die Herrschaften werden freilich keinen Erfolg zu verzeichnen haben.

Neuerliche nationalsozialistische Ausschreitungen in München.

Berlin, 25. Jänner. (Eigenbericht.) In München kam es neuerlich zu nationalsozialistischen Ausschreitungen und Hoiistürmen, wobei Sachschäden angerichtet wurde. Ein sozialdemokratisches Lokal, das sich gegen das Treiben der Nationalsozialisten richtete, wurde von der Polizei konfisziert.

Gegen die Entlassungen in Wöllersdorf.

Wien, 25. Jänner. (Eigenbericht.) Die Arbeiter der Wöllersdorfer Werke haben einen Beschluß gefaßt, worin sie sich gegen die Entlassungen, die von der Wien-Elektrizitätsgesellschaft vorgenommen werden, entschieden verhalten und erklären, daß sie während der Zeit der ungeklärten Verhältnisse keine Beförderung von Material aus den Werken zulassen werden.

Ende der Laujaner Konferenz am 2. Feber.

Lausanne, 25. Jänner. (Schweiz. Dep. Ag.) Lord Curzon hat heute vormittags an das Völkerverbundsekretariat offiziell die Bitte gerichtet, die Grenzfrage zwischen der Türkei und Irak auf die Tagesordnung des Völkerverbundes zu setzen. Die Vertreter der einladenden Mächte haben beschloffen, die Konferenz am 2. Februar zu schließen. Der Entwurf des Friedensvertrages wird am 31. Jänner den Törken überreicht werden, welche ihn innerhalb 48 Stunden zu beantworten haben. Lord Curzon und ein Teil der britischen Delegation verlassen Lausanne am 2. Februar abends.

ung ihrer therapeutischen Behandlung den Anforderungen entsprechen wird, die an eine sanitäre Verwaltungsbehörde gestellt werden können. Doch muß nochmals darauf verwiesen werden, daß es Pflicht aller autonomen und auch staatlichen Behörden ist, in erster Linie die Ursachen der Erkrankung zu beseitigen. Nur bei Zusammenwirken aller Faktoren in dieser Richtung werden wir der Zeuch Herr werden.

Wiktör Adler für die tschechischen Arbeiter.

Dem bereits besprochenen Buche „Wiktör Adler vor Gericht“ entnehmen wir das nachstehende Kapitel:

Das Reichsgericht hatte im Jänner 1894 eine Entscheidung gefällt, die den nichtdeutschen Minderheiten — und zwar handelte es sich vor allem um die Tschechen in Wien — das Recht absprach, sich in Versammlungen und Vereinen der Muttersprache zu bedienen. Die tschechischen Sozialdemokraten hielten in Wien Protestversammlungen ab, aber auch die deutschen Sozialdemokraten veranlaßten gegen diese Einschränkung des Versammlungsrechtes der tschechischen Arbeiter am 28. Jänner beim „Schwender“ in Rudolfsheim eine große Protestversammlung, wo Schumierer und Adler sprachen. Schumierer wurde wegen Beleidigung der Regierung, Adler wegen Beleidigung des Reichsgerichtes durch die Worte: „Das Reichsgericht hat ja zufällig auch vernünftige Urteile gefällt...“ angeklagt.

Am 17. März standen Adler und Schumierer wegen Uebertretung des § 491 des Artikels V des Gesetzes vom Jahre 1862 vor dem Bezirksgericht Rudolfsheim. Beide Angeklagte gaben zu, ähnliche Worte gebraucht zu haben, konstatierten aber, daß sie vollständig aus dem Zusammenhang gerissen seien. So habe Schumierer

nicht die Regierung als solche eine brutale genannt, sondern habe auf die zahlreichen und festgestellten Geschehnisse hingewiesen, die ohne Zweifel Brutalitäten gegenüber der Arbeiterschaft darstellen, von der Regierung aber nicht gebindert werden.

Adler erklärt, eine Beleidigung des Reichsgerichtes liege nicht vor, er habe nur die Exekutivbehörden auf jene sehr vernünftigen Urteile des Reichsgerichtes in bezug auf die Verjährigkeit hingewiesen, welche von den Behörden regelmäßig unbeachtet blieben. Der Regierungsvertreter habe ihn mitten im Sage unterbrochen, der lauten sollte: „Das Reichsgericht hat zufällig auch einige vernünftige Urteile gefällt, in einer Sache, die für uns große Wichtigkeit hat, und entschieden, daß die Bezirkshauptmannschaften nicht das Recht haben, streikende Arbeiter als „bestimmungslos“ abzuschreiben.“ In diesem Sinne hätten auch seine weiteren Ausführungen gelaute.

Der Verteidiger Dr. Richard Ulling konstatierte, daß die Äußerungen Schumierers absolut nicht unter den Paragraphen der Ehrenbeleidigung von Behörden zu bringen seien. Insbesondere sei es mehr als zweifelhaft, ob überhaupt die Regierung als eine Behörde im Sinne dieses Paragraphen aufzufassen sei. Er führte weiter aus, daß aber, wenn überhaupt Delikte vorlägen, dieselben nicht unter diesen Paragraphen zu subsumieren seien, sondern als Verbrechen nach § 300 aufzufassen und somit von den Geschworenen abzurteilen wären.

Der Richter Dr. Schöber nahm eine beleidigende Absicht beider Redner ohneweiters an und verurteilte Adler und Schumierer zu je einem Monat Arrest.

Tages-Meinigkeiten.

„Herodias“. Im Bewußtsein, etwas außerordentliches zu bringen, beginnen wir heute mit der Veröffentlichung der Erzählung „Herodias“ von Gustav Klaubert. Sie ist ein Juwel der Weltliteratur: nicht nur wegen der psychologischen Meisterhaftigkeit, mit der sie den schlichten biblischen Bericht mit modernem Denken und moderner Leidenschaft durchdringt, sondern auch wegen der eben zurechtgefundenen Form, in der jedes Wort von den unendlichen, tage- und wochenlangen Mühen des Dichters um die endgültige Gestaltung seiner Visionen und letzten Absichten zeugt. Doppelt interessant ist das Werk geworden, weil es, von Oscar Wilde dramatisch zur „Salome“ umgeformt, unserem großen Zeitgenossen Richard Strauss zur Grundlage seines genialsten Musikdramas „Salome“ gedient hat. — In Klaubert (1821—1880) lernen unsere Leser einen Künstler von geradezu fanatischem Kunstwillen kennen. Blond, blaunäsig, groß, von edelsten Zügen, war er durch unentwegtes Streben nach allerhöchster Kunst angezehrt und nie begte er sich dem Modestruad. So hat er nur wenig geschrieben, aber dieses wenige ist ewig, ist eine Prosa von so absoluter Vollendung, daß sie als reinste Poesie wirkt. Wir nennen neben „Herodias“ die Erzählungen „Ein einfältig Herz“ und „Die Legende von Julius dem Geistesundigen“ und die beiden jüdischen Romane „Aron Soborn“ und „Salome“. Weltliteraturgeschichte und realistische Poesie stehen ihm gleichermäßen zu Gebote und immer in der Absicht, Schöpfungen zustande zu bringen, die der greifbaren Welt mit gleichwertiger Juwelenkraft zur Seite stehen. An der „Herodias“ werden unsere Leser erkennen, daß unsere Charakteristik nicht zu hoch gegriffen ist. Doch müssen sie freilich die Energie aufbringen, sich einer hohen und strengen Kunst willig hinzugeben.

Die Partei der Aufrufe. In der Internationalen im allgemeinen wie für das Proletariat dieses Landes im besonderen, stehen die Kommunisten wirklich Erbauliches. Dies muß einmal in aller Öffentlichkeit festgestellt werden. Da derzeit kein Tag, wo sie den Arbeitern nicht irgendwas zu bringen haben und es sind fast immer weltbewegende Erzeugnisse, die der Arbeiterschaft von ihnen dargeboten werden. Wie klein, wie armstellig ist doch, was die Sozialdemokraten den Arbeitern zu sagen haben, gegen jene herrlichen Zeitschriften der kommunistischen Presse! Wir haben uns die Mühe genommen und sechs Nummern des Reichsberges „Vorwärts“ mit Rücksicht auf die Aufrufe gelesen, die da den Arbeitern wahrscheinlich zeigen sollen, wie sehr, dank den Kommunisten, die Weltrevolution forschreitet. Das Ergebnis unserer aufmerksamen Lektüre dieser sechs „Vorwärts“-Nummern, die im Laufe von zehn Tagen erschienen sind, ist folgendes:

- 9. Jänner: Aufruf der kommunistischen Jugend-Internationale, „An die Arbeiterjugend der Welt!“
 - 10. Jänner: Aufruf der kommunistischen Parteien, „Gegen den internationalen Imperialismus!“
 - 11. Jänner: Aufruf der kommunistischen Internationalen, „An alle Arbeiter und Arbeiterinnen...“
 - 17. Jänner: 1. Aufruf der kommunistischen Internationalen, „An alle Arbeiter, Bauern und Soldaten!“ — 2. Aufruf der kommunistischen Jugendinternationalen, „An die Arbeiterjugend!“
 - 18. Jänner: Aufrufe der KPB, 1. „Arbeitende und Arbeitslose in eine Front!“ 2. „An alle Jugendgenossen!“
 - 19. Jänner: Aufruf der Moskauer Exekutive, „An die Völker aller Länder!“
- „Och, Vater, genug sein des grausamen Spiels!“ In sechs Tagen acht Aufrufe! Und von jeder Partei, die andere immer damit zu beschäftigen sucht, daß sie die Sozialdemokratie die Partei der „papier-

Kleine Chronik.

renen Resolutionen" nennt. Man würde über diese Anfrügerzeit schweigen können, wenn die kommunistischen Parteien dem Proletariat an Heil und Fortschritt nur den allerwichtigsten Bruchteil dessen gebracht hätten, was sie da durch Redenleutern in die Welt hinausposaunen. Das ist in Moskau, in Heidenberg, in Prag wie in aufgebalerter Froch und unkt und quakt, daß allen aufreizlichen Hören die Ohren schmerzen. Seit dem Bestehen der kommunistischen Partei ist man die an das Proletariat der ganzen Erde gerichteten, ausgedehnten Buchstaben schon so sehr gewöhnt, daß man immer dann, wenn eine kommunistische Zeitung einmütig eine alarmierende Aufforderung erhebt, annehmen muß, daß gerade jetzt — etwas geschehen ist. Mit ihren hysterischen Protesten, mit ihren hin und her gewendeten Parolen wollen sie den Kurzschäftigen und Darthörigen unter den Arbeitern Augen und Ohren davor beschließen, daß nicht trotz, sondern daß infolge der Tätigkeit der Kommunisten die Arbeiterschaft dem letzten Nachschuß des Kapitals geschwächt und zerstückelt gegenübersteht. Vom ersten bis zum letzten Buchstaben enthalten alle diese unverständlichen Parolen nichts anderes als leere Phrasen, hohle Phrasen, revolutionäre Worte. Man könnte die kommunistischen Führer fastweg als die Wortmacher bezeichnen, denn von Daten für die Arbeiterschaft, auch von den allerfeinsten, ist nirgends eine Spur. Mögen alle Arbeiter bald erkennen, daß ihnen die Handlungen der Kommunisten nur immer neuen Schaden zufügen.

Ein Beispiel. Von einer Sozialorganisation erhielten wir dieser Tage ein Schreiben folgenden Inhalts:

„Verte Genossen! Wir haben in einer Versammlung der Vertrauensmänner aller unserer Organisationen den Beschluß gefaßt, daß der Werkstatte, bei welchem unsere politischen und gewerkschaftlichen Organisationen ihre Sitzungen abhalten, verpflichtet ist, das Zentralorgan, dem „Sozialdemokrat“ zu abonnieren. Übermitteln Sie ihnen anbei die Abonnementanmeldung des Gastwirts und werden darauf achten, daß er das Blatt auch stets auflegen hat. Wenn er will, daß ihm die Arbeiter ihr Geld hinterlegen, dann muß er auch ihr Blatt abonnieren.“

Wir hoffen, daß dieses Beispiel überall in unseren Organisationen Nachahmung findet. Unsere Genossen haben ein Recht darauf, dort, wo sie ihre Sitzungen abhalten oder gefällig verschieren, das Blatt ihrer Partei zu verlangen und auch zu erhalten. Ganz abgesehen davon, daß wohl in jedem Orte auf diese Weise mindestens ein neuer Abonnent des Zentralorgans gewonnen werden könnte.

Schiller auf deutschem Boden verboten! Die Abendblätter melden: „Die Aufführung von Schillers „Mäuber“ und Mäyer-Försters „Atheideberg“ im Stadttheater in ... wurde von der Zensur aus politischen Gründen verboten.“ — Wir haben das in und nach den Umsturztagen von gewissen Chauvinisten auch beim „Wilhelm Tell“ usw. in nächster Nähe erlebt. Diesmal aber handelt es sich nicht um die tschechische Zensur und nicht um Auffg, sondern um den Zensur in Bozen. Was wie gebührend feststellen.

Öffentliche Versammlungen in Ostböhmen. Vom 16. bis 18. Jänner fand in Oberadernbach, Deutsch-Wernersdorf und Brandnau öffentliche Versammlungen statt, in denen Senator Genosse Deder über „Wirtschaftskrise und parlamentarische Tätigkeit der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei“ sprach. Die Versammlungen waren bis auf die in Deutsch-Wernersdorf gut besucht. Genosse Deder besprach in diesen Versammlungen die Ursachen der Wirtschaftskrise, die sowohl in den Friedensverträgen, als auch in der verkehrten Wirtschaftspolitik der Wirtschaftsworte ihren Grund haben. Genosse Deder berichtete dann weiter, daß von Seite des Klubs der deutschen sozialdemokratischen Senatoren und Abgeordneten alles

versucht wurde, um die Interessen der Arbeiterschaft zu vertreten. In Fragen der Milderung der Krise, der Arbeitslosen-Unterstützung, der Bauarbeiten, Steuerfragen, Sozialversicherung, sowie aller anderen für die Arbeiterschaft wichtigen Fragen wurde alles unternommen, was irgendwie möglich war. Wenn es aber nicht möglich war, das für die Arbeiterschaft Notwendige durchzusetzen, so liegt die Schuld daran an den politischen Verhältnissen in diesem Staate und an der verbrecherischen Zerschlagungsarbeit der Kommunisten, welche die Schlagkraft und den Einfluß der Arbeiterschaft auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete gelähmt haben. Die Ausführungen des Redners wurden überall mit lebhaftem Beifall aufgenommen; dem deutschen sozialdemokratischen Abgeordnetenklub wurde das vollste Vertrauen ausgesprochen. Nur in Deutsch-Wernersdorf versuchten einige, aus dem Besitze zusammengetrommelte Kommunisten unter Führung des bekannten Herrn Just aus Dittersbach die Versammlung zu stören. Nach mehr als einstündiger Dauer seiner Rede wurde Herr Just, da er mit keinem Worte zur Tagesordnung sprach, über Beschluß der Versammlung vom Vorstehenden das Wort entzogen. Nachdem dann Genosse Deder und Gen. Werl den vorgebrachten kommunistischen Unsinns richtiger gestellt hatten, wurde auch hier gegen sechs oder sieben Stimmen dem Klub das Vertrauen ausgesprochen.

Die Befreiung des Ruhrgebietes — eine Lebensgefahr für Europa. In Schließung finden mit dieser Tagesordnung Versammlungen statt: am 27. Jänner in Freudenthal; am 28. Jänner in Weidenau (Referent Abg. Genosse Kohl) und am gleichen Tage in Wärbenthal (Referent Genosse Rathert); am 30. Jänner um halb 8 Uhr im Arbeiterheim in Jägerndorf (Referent Genosse Link und Abg. Genosse Weeger).

Gegen das Freudenbach-Urteil veranstaltete dieser Tage die „Deutsche Liga für Menschenrechte“ in Berlin eine sehr stark besuchte öffentliche Versammlung, die sich in spärlicher Weise gegen die bayerischen sogenannten „Volksgerichte“ wandte. Rechtsanwalt Dr. Voelkenfeldt-Winchen schilderte die auf weiteste Preise sich erstreckende Erregung über das Urteil gegen Freudenbach, das auch von der Sozialdemokratischen Partei im Reichstag zum Anlaß einer Interpellation genommen worden ist. Auch aus Nichterfreuen, darunter von sehr angesehenen bayerischen Richtern, seien der Verteidigung zustimmende Erklärungen zugegangen. Der Redner zeigte, daß die Beibehaltung der bayerischen „Volksgerichte“ längst ein Rechtsbruch war. Im Prozeß Freudenbach hat das Verfahren der „Volksgerichte“, das der Staatsanwaltschaft eine Souveränität gewährt, besonders verhängnisvoll gewirkt. Dabei ist keine Berufung und keine Wiederaufnahme möglich! Sonst müßte schon die öffentliche Feststellung des Sachverständigen Dr. Thimme, daß er in entscheidenden Punkten mißverstanden worden ist, zur Wiederaufnahme genügen. Der Redner schloß mit der Betonung der Pflicht zur Wahrheit. Der Kampf um die Aufhebung des Freudenbach-Urteils sei ein Kampf um die deutsche Ehre. Im selben Sinne sprachen die Debattierenden. Einstimmig wurde dann eine Entschließung angenommen, die das Urteil des Volksgerichtes München gegen Freudenbach für ein Fehlurteil erklärt und fordert: 1. Schleunige Beendigung der Arbeiten des von Reichstag zur Prüfung der Angelegenheit eingesetzten Ausschusses und öffentliche Bekanntmachung des Ergebnisses. 2. Die geforderte zulässige und nötige Aufhebung des durch das bayerische Volksgericht aufgelegten Schweißgebotes. 3. Reichsgesetzliche Befreiung aller nicht vom Reiche eingezogenen Sondergerichte einschließlich der bayerischen Volksgerichte und reichsgesetzliche Unterbindung der Einsetzung derartiger Sondergerichte durch die Länder. 4. Sofortige Einführung eines erleichterten Wiederaufnahmeverfahrens gegen die Urteile der bayerischen Volksgerichte.

Der mundtot gemachte Lloyd George. Der Daily Telegraph, der seit einiger Zeit in fortlaufender Folge Artikel veröffentlichte, in denen Lloyd George sich über die jüngste Politik verbrüht, hat deren Abdruck plötzlich eingestellt. Das Blatt, das so stolz war, diese Artikel aus der Feder des ehemaligen, jetzt zur Erholung in Spanien weitenden englischen Premierministers zu veröffentlichen, begründet jetzt seine Maßnahme mit der Mitteilung, der zuletzt überlieferte Artikel Lloyd Georges, der sich mit Frankreichs Ruhestellung beschäftigte, verurteilt diese Union in so heftigen Worten, daß es der Redaktion angezeigert erschien, von einem Abdruck dieses französischen-ähnlichen Artikels abzusehen, der geeignet sei, die freundschaftlichen Beziehungen, die trotz gelegentlichen Unstimmigkeiten zwischen beiden Nationen bestehen, ernstlich zu trüben.

Internationale Tuberkulose-Sterblichkeit. Ein Bericht des amerikanischen Gesundheitsamtes gibt eine Zusammenfassung über den Einfluß der Kriegszeit auf die Sterblichkeit an Lungenschwindsucht in den Vereinigten Staaten und zieht die Ziffern anderer Länder zum Vergleich heran. Wie in der „Klinischen Wochenschrift“ hervorgehoben wird, zeigt sich auch in Amerika ein kurzes Ansteigen der Ziffern in den Jahren 1917 und 1918, denen dann ein sehr tiefer Abfall 1920/21 folgt. Diese geringe Steigerung hängt mit der Grippe-Epidemie zusammen und ist gegenüber der in Deutschland und Österreich unerheblich. Gerade aus diesem Umstand ergibt man die verheerende Wirkung der Hungernöte in den verkehrten Ländern. Im Jahre 1913 betrug die Sterblichkeit an Lungenschwindsucht auf 100.000 Einwohner in New York 171, in London 130, in Paris 328, in Berlin 156, in Wien 302. Die entsprechenden Zahlen betragen in den Jahren 1917 und 1918 in New York 164 und 160, in London 171 und 159, in Paris 259 und 248, in Berlin 292 und 246, in Wien 423 und 427. Während in den sogenannten „Friedensjahren“ 1919 und 1920 diese Ziffern in New York, London und Paris wieder stark zurückgingen, betragen sie 1919 in Berlin noch 245, in Wien 490, 1920 in Berlin 148, in Wien 405. — Die entsprechenden Ziffern für Prag stehen uns leider nicht zu Verfügung.

Die Nachlassenschaft des Generals Stefanik, um die bekanntlich ein jahrelanger, unermüdlicher Kampf geführt wurde, ist jetzt nach einer Meldung der „Radikal-Demokratie“ durch einen Beschluß des Ministerrats endgültig um 1.250.000 K durch den Staat von den Nachkommen des Generals erworben worden.

Die Aufklärung des Aufhänger-Ressentiments macht weitere Fortschritte. Durch Zusammenarbeit der Dresdner und Pirnaer Kriminalpolizei konnte in Pirna der Arbeiter Schmal als Mitbeteiligter verhaftet werden.

Familiengröße oder Mord? Als der Herr Müller dem Besitzer einer der bei Schwarzenhal (Bezirk Hohenleub.) gelegenen Bänischbauern, Hieronymus Kasper dieser Tage einen Brief überbringen wollte, fand er den Besitzer, seine Frau und deren dreijähriges Kind in der Waunde in furchtbaren Qualen tot am Boden liegend auf. Das jüngste Kind des Ehepaars war unversehrt. Die sofort herbeigeholte Gendarmarie stellte fest, daß alle drei Personen mit einer Haube von rückwärts erstochen wurden, so daß es sich hier wahrscheinlich um einen dreifachen Mord handelt. Es ist jedoch auch nicht ausgeschlossen, daß Kasper zuerst seine Familie und dann sich selbst umgebracht hat. Denn die Familie Kasper ist so arm, daß ein Raubüberfall ausgeschlossen erscheint. Außerdem war Kasper schon früher einmal geistesgestört und soll mit seiner Familie auch nicht besonders glücklich gelebt haben. Die Leichen wurden zur gerichtlichen Untersuchung von der Waunde ins Tal gebracht. Man hofft, daß durch die gerichtliche Obduktion Licht in die dunkle Affäre kommt.

Doppelfenster. Das Prinzip des Doppelfensters läßt sich kurz erläutern: Schutz gegen die kalte Luft durch eine Zwischenschicht von — Luft. So paradox das klingen mag, es ist buchstäblich richtig. Viel mehr als Glas und Rahmen der beiden Fenster schützt gegen das Vordringen der kalten Außentemperatur die zwischen den Fenstern eingeschlossene Luftschicht. Die Luft ist nämlich ein schlechter Wärmeleiter und gibt demzufolge die Temperaturveränderungen nur sehr langsam weiter. Interessante Experimente über den wirksamen Kälteschutz der Doppelfenster stellte insbesondere der bekannte Naturforscher Henri Doujou in Genf an: er kam dabei zu folgenden Resultaten: Betrag die Temperatur der äußeren Luft 4.5. minus sieben Grad, so hielt sich die Luftschicht zwischen den Fenstern auf plus fünf Grad, die Temperatur im bedienten Zimmer auf plus 14 Grad. Weitere Ergebnisse waren: Kältere Luft minus 3.8 Grad; fünf Grad, acht Grad, Temperatur im Doppelfenster plus drei Grad, zwei Grad, 0.7 Grad; Luft im Zimmer plus 13.5, 15, 14 Grad — die Schwankungen also nur um einhalb Grad. Diese Resultate änderten sich selbst bei starkem, das Doppelfenster treffendem Nordwind nur unwesentlich. Wurde dagegen eines der Fenster entfernt, so sank mit dem Fallen der äußeren Temperatur auch die Temperatur im Zimmer rapide, i. B. innerhalb von acht Stunden um volle sieben Grad. Man hat nun eingewendet, daß Doppelfenster für die Gesundheit nachteilig seien, da sie die Ventilation behindern. Damit ist es nun nicht so schlecht bestellt. Selbst verhältnismäßig diese Mauern lassen eine Ventilation infolge Durchdringens der Luft in noch weit höherem Maße zu, als gemeinhin angenommen wird. Sodann ist ein zeitweiliges kurzes, dafür aber völliges Öffnen der Fenster als Ventilation jeder anderen Methode vorzuziehen. Die Anwendung von Doppelfenstern aber bringt, abgesehen davon, daß sie eine stets gleichbleibende und daher für die Gesundheit zuträglichere Temperatur des Zimmers gewährleistet, den gerade heute nicht zu unterschätzenden Vorteil einer großen Ersparnis an Heizmaterial. Denn wie die „Schwung-Luftschicht“ dem Eindringen der äußeren Kälte wehrt, so hält sie auch selbstverständlich die Wärme in rationeller Weise im Zimmer zurück.

Die Mumie einer ägyptischen Prinzessin. Während man noch damit beschäftigt ist, die Schätze, die im Grab des Pharos Tut-anch-Amun gefunden wurden, zu bergen, ist es amerikanischen Archäologen, die bei Luxor mit Ausgrabungsarbeiten beschäftigt sind, gelungen, die wohlerhaltene Mumie einer ägyptischen Prinzessin aufzufinden, die an die 4000 Jahre in der Erde ruht und eine Schönheit war, die am Hofe der ersten ägyptischen Königinmutter eine Rolle spielte. Busen und Nacken der Mumie sind mit Ätzwirkstoffen bedeckt, die in zarterer Ausführung in blauer Farbe gehaltene Zinnbilder und Zeichen zeigen, aus denen die Krone und adlige Abstammung der Toten hervorgehen. Nach der Meinung der Ägyptologen hat man es hier mit einer der geachteten Hofdamen aus der Zeit der Königin der Mentuhotep-Dynastie zu tun. Haare und Nägel der Leiche sind vollständig erhalten und leichte Einbrüche am Nacken, den Schulter, Fingern und Fußknöcheln deuten darauf hin, daß die Prinzessin Goldschmuck, Armbänder und Hüftkette trug, als sie zum ewigen Schlaf bestattet wurde. Kleinodien, die in der Zwischenzeit von Grabräubern gestohlen wurden. Ein quer über den Unterleib verlaufendes langes Brandmal, das augenscheinlich durch ein glühendes Eisen verursacht wurde, rechtfertigt die Ansicht der medizinischen Sachverständigen, die die Mumie besichtigt und untersucht haben, daß die Prinzessin an einem schweren Unterleibsleiden gestorben ist, das in alter Zeit durch Ausbreiten der betreffenden Körperteile behandelt zu werden pflegte.

Herodias.

Eine geschichtliche Erzählung von Gustav Haupt.

Die Festung Machäus erhob sich im Osten des Toten Meeres auf einem kegelförmigen Basaltfelsen. Viele tiefe Schluchten umschloffen sie, je eine an den beiden Seiten, eine vorn, die vierte gegenüber. Häuser drängten sich an ihrer Basis zusammen, eine den Unebenheiten des Geländes in Wellenlinien folgende Mauer zog sich herum, und ein in den Fels geschnittener Pfadweg verband die Stadt mit der Pampa, deren Mauern hundertzwanzig Ellen hoch waren, zahlreiche Winkel bildeten, den Rand mit Zinnen gekrönt hatten und hier und da von Türmen überragt wurden, die gleichsam das Blattwerk dieser über den Abgrund hängenden steinernen Krone darstellten.

Im Innern befand sich ein Palast, der mit Säulengängen geschmückt war und oben eine mit einer Zylinderröhre umgebene Terrasse trug. An Mästen, die man da aufgestellt hatte, konnte ein Belarum darüber gespannt werden.

Eines Morgens vor Tagesanbruch erschien hier der Tetrarch Herodes Antipas und schaute mit ausgeblenden Armen ins Land hinaus.

Die Berge unmittelbar unter ihm begannen ihre Ränne zu entschleiern, während ihr Stod bis auf den Grund der Klüfte nach im Schatten verblieb. Ein Nebel wogte, und es zeigten sich die Umrisse des Toten Meeres. Der Morgen, der sich hinter Machäus erhob, verdrehte ein rotes Licht. Er erhellte alsbald die Sandflächen der Ufer, die Hügel, die Wälder und noch ferner alle die Gebirgszüge von Judäa mit ihren steil abfallenden schrandigen grauen Hängen. Engeddi in der Mitte hob sich als ein schwarzer Strich ab; Hedron im Hintergrunde wölbte sich zu einem

Dom; Eschol hatte Granatpflanzungen, Sorel Weingärten, Karniel Zesamfelder; und die Synonia beherrschte mit dem ungeheuren Würfel ihres Turmes Jerusalem. Der Tetrarch wandte seinen Blick von da nach rechts, um die Palmen von Jericho zu betrachten; und er dachte an die übrigen Städte seines Galiläa: an Kapernaum, Endor, Nazareth, Tiberias, wohn er vielleicht nie wieder kommen würde. Der Jordan in dessen Ströme durch die dürre Ebene. In seiner maßlosen Weite blendete er wie ein Streifen von Schnee. Der See erschien jetzt Lapis lazuli; und an seiner südlichen Spitze, in der Richtung nach Nemen, erkannte Antipas, was er zu erblicken fürchtete. Er sah verstreute braune Felte; Ränne, die Lanzen trugen, gingen zwischen den Maffen umher, und verlöschende Feuer blinkten wie Funken am Boden.

Das waren die Truppen des Araberkönigs, dessen Tochter von ihm verstoßen worden war, damit er Herodias, die Gattin eines seiner Brüder, der in Italien lebte, ohne auf die Herrschaft Anspruch zu machen, zum Weibe nehmen könne.

Antipas erwartete das Hilsheer der Römer, und da Vitellius, der Statthalter von Syrien, noch immer nicht erschien, verzehrte er sich in Unruhe.

Zweifellos hatte Agrippa ihn beim Kaiser um die Günst gebracht. Philippus, sein dritter Bruder, der Gebieter von Bafan, rüstete im Geheimen. Die Juden waren seiner Götendienerei, alle übrigen seiner Herrschaft überdrüssig, so daß er nun zwischen zwei Plänen schwankte: entweder die Araber zufrieden zu stellen oder ein Bündnis mit den Parthern zu schließen. Und unter dem Vorwande, seinen Geburtstag zu feiern, hatte er eben für diesen Tag die Kommandanten seiner Truppen, die Verwalter seiner Landgüter und die Häupter von Galiläa zu einem großen Feste eingeladen.

Er suchte mit scharfem Blicke alle Straßen ab. Sie waren leer. Aber Hagen zu seinen Häuptern; die Soldaten schliefen längs des Waldes mit dem Rücken an der Mauer; nichts regte sich im Palaste.

Möglichlich lag ein ferner Ruf, der wie aus den Tiefen der Erde drang, den Tetrarchen erlöschten. Er neigte sich laufend vor; die Stimme schwieg. Dann hob sie wieder an; er klatschte in die Hände und rief: „Manna! Manna!“

Ein Mann erschien, nackt bis zum Gürtel wie die Aelter in den Wädem. Er war sehr groß, alt, hager und trug am Schenkel ein Messer in einer Bronzefolde. Sein Haar war zurüdgestrichen und wurde von einem Kamm gehalten, wodurch seine hohe Stirne noch höher erschien. Eine gewisse Schläfrigkeit machte seine Augen matt, aber seine Zähne blitzten, und seine Zehen schritten leicht über die Alleen; sein Körper hatte die Beweglichkeit eines Affen und sein Gesicht die Starrheit einer Mumie.

„Wo ist er?“ fragte der Tetrarch.

„Manna“ antwortete, indem er mit dem Daumen auf einen Gegenstand hinter ihnen wies: „Dort! noch immer!“

„Ich habe ihn, glaube ich, gehört.“

Und Antipas holte tief Atem und erlaubte sich nach Johannes, denselben, den die Lateiner den heiligen Johannes Baptista nennen. Hatte man vor einem Monat aus Nachsicht zu ihm in den Kerker gelassen hatte, und wußte man jetzt, weshalb sie gekommen waren?

Manna erwiderte: „Sie haben mit ihm geheimnisvolle Worte gewechselt wie die Diebe am Abend an den Straßenecken. Darauf haben sie sich nach Obergaliläa begeben und verkündigt, sie brächten eine große Botschaft.“

Antipas neigte das Haupt. Dann mit einem Ausdruck des Grauens:

„Wenigstens! bemache ihn! Und laß niemand zu ihm! Schließ gut das Tor! Tede die Straße zu! Man darf nicht vermuten, daß er lebt!“

Schon ohne diesen Auftrag hatte Manna das Befohlene ausgeführt; denn Johannes war Jude, und jener verabscheute die Juden wie alle Samariter.

Ihr Tempel zu Garizim, den Moses zum Mittelpunkt Israels bestimmt hatte, stand seit dem König Hykan nicht mehr; und der zu Jerusalem versetzte sie in Ruhe über den Schimpf und das Unrecht ohne Ende. Manna hatte sich da eingeschlichen, um den Altar mit Totenknochen zu verunreinigen. Seine weniger feinen Gefährten waren entkauptet worden.

Er bemerkte ihn in der Zente zwischen zwei Hügelzügen. Die Sonne ließ seine weihnarmen Mauern und die Goldplatten seines Taches strahlen. Das war wie ein Berg von Licht, etwas Übermenschliches, das in seiner ägyptischen Pracht, seinem Stolz, nichts anderes neben sich duldet.

Dann streckte er den Arm gegen Zion hin, und aufrecht, mit zurückgeworfener Kopfe, gehaltenen Häuften, schleuderte er einen Stein gegen ihn, als hätten die Worte eine tatsächliche Macht.

Antipas hörte es, ohne sich darüber zu empören.

Der Samariter fuhr fort:

„Bistweilen bewegt er sich, möchte fliehen, wofft auf Befreiung. In andern Malen erscheint er ruhig wie ein skantes Tier; oder ich sehe ihn auch in der Finsternis auf und nieder schreiben und wiederholen: „Was tut es? Er muß waschen, und ich muß abnehmen!““

Antipas und Manna blickten einander an. Aber der Tetrarch war des Nachdenkens müde.

(Fortsetzung folgt.)

Der heutigen Nummer liegt ein Erlagschein zwecks Einzahlung der Bezugsgebühr bei. Wir machen besonders darauf aufmerksam, daß die Einzahlung unter demselben Namen geleistet werden muß, unter welchem der Versand der Zeitung erfolgt.

Die Bezugsgebühr beträgt monatlich K 16.—, vierteljährig K 48.—, halbjährig K 96.—, ganzjährig K 192.— und ist stets im Vorhinein zu entrichten. Der Abonnementsbetrag muß längstens bis 7. in unserem Besitz sein und eruchen wir dies zu berücksichtigen, damit keine Unterbrechung in der Zustellung eintritt.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Der Lohnabbau eine „Formsache“.

Sonderbare Ansichten eines kommunistischen Gewerkschaftssekretärs.

Die Firma Deutsch in Königshof, woselbst 700 Arbeiter beschäftigt sind, verlangte einen Lohnabbau von 17,5 Prozent, obwohl bereits 19 Prozent abgebaut waren. Nach der Fertigstellung des tschechischen Textilarbeiterverbandes in Königshof trat die Majorität der Arbeiterschaft der Firma dem kommunistischen Textilarbeiterverbande bei, ein großer Teil der deutschen Arbeiter meldete ihre Mitgliedschaft bei der Union der Textilarbeiter an. Nachdem die Mehrheit dem kommunistischen Verbande beigetreten war, wurde auch ein kommunistischer Betriebsausschuß gewählt. Bei den ersten Verhandlungen waren die Vertreter der Arbeiter, und zwar des tschechischen Verbandes, des tschechischen Verbandes und der Union der Textilarbeiter anwesend. Nur die Kommunisten hatten keinen Vertreter entsandt. Nachdem infolge der Nichtanwesenheit des kommunistischen Vertreters kein Abschluß erzielt werden konnte, kündigte der Arbeitgeber die Arbeiterschaft mit der Begründung, daß er unter diesen Umständen nicht weiter arbeiten könne. Am 15. Jänner l. J. war die Kündigung abgelaufen und die Arbeiterschaft sollte entlassen werden. Am 11. Jänner l. J. wurden die Vertreter der Arbeiterschaft neuerdings zu Verhandlungen zwecks eines Lohnabbaues eingeladen und die Vertreter der Arbeiter waren selbstverständlich wieder anwesend, nur der kommunistische Vertreter fehlte neuerdings. Der Herr Sekretär Hampel, Vertreter des kommunistischen Textilarbeiterverbandes, soll erklärt haben, daß es nicht notwendig sei, sich an solchen Verhandlungen zu beteiligen, da es sich bloß um eine Formsache handle. In drei Tagen sollten annähernd 700 Arbeiter entlassen werden, falls die Lohnvereinbarung nicht zustande kommt und Herr Hampel fand, daß die Entlassung von 700 Arbeitern nur eine Formsache sei. Der geforderte Lohnabbau von 17,5 Prozent erschien Herrn Hampel also nur

als eine Formsache. Jeder einsichtige Arbeiter weiß schon längst, daß es den Kommunisten nicht um praktische Vertragsarbeit zu tun ist, er weiß auch längst, daß es den Kommunisten nicht um der Arbeiter dem Arbeitgeber gegenüber geschützt werden muß, von den Kommunisten nicht als wichtig behandelt wird. Mögen die Arbeiter mit weniger Lohn Samstag nach Hause kommen, mögen sie schlechter leben, mögen Frau und Kinder zu Grunde gehen, das ist ja nur eine Formsache aber keine Weltrevolution. Trotzdem Herr Hampel nicht anwesend war, wurde dann die Lohnvereinbarung zu Ende geführt und der Lohnabbau von 17,5 Prozent auf 7 Prozent herabgedrückt. Die Herren Kommunisten sind jedenfalls diesen Verhandlungen absichtlich ferngeblieben und haben die Arbeiterschaft in die Irre gelassen, damit sie dann den Lohnabbau den Kinderheiten in die Schuhe schieben können. Die kommunistischen Betriebsausschüsse waren aber vernünftiger als ihre Führer und haben einfach die Arbeiterschaft vor einer langen Feiertagsfeier geschützt. Die Arbeiterschaft wird erst an der praktischen Arbeit die Kommunisten erkennen und wird auch wieder den Weg in ihre kräftige Organisation zurückfinden, die sich zu jeder Zeit und in jeder Lage der Arbeiterschaft zur Verfügung stellt.

Die ausgesetzten Arbeitslosen und die Verlängerung der Arbeitslosenunterstützung. Bekanntlich ist das Arbeitslosengesetz verlängert worden, doch es warten vergeblich viele Tausende ausgesetzte Arbeitslose auf die weitere Unterstützung, weil das Ministerium für soziale Fürsorge die Unterstellungen nicht verlängert und die Ansuchen um die Verlängerung wochenlang unterlegt liegen läßt. Deshalb haben die Senatoren Link, Becker und Genossen, in der Senatsitzung am 23. Jänner nachstehende Interpellation an den Minister für soziale Fürsorge eingebracht: „Nachdem das bestehende Gesetz über die Arbeitslosenunterstützung für das Jahr 1923 verlängert worden ist, so kann die Frist für die Arbeitslosenunterstützung nach § 3 des zitierten Gesetzes auf einundzwanzig Jahre verlängert werden. In vielen Orten der Republik gibt es eine große Anzahl ausgesetzter Arbeitslose, welche in der Textilindustrie durch sechs Monate die Arbeitslosenunterstützung bezogen haben. Diese ausgesetzten Arbeitslosen stehen gegenwärtig ohne Arbeitslosenunterstützung da, weil wahrscheinlich das Ministerium für soziale Fürsorge die politischen Bezirksverwaltungen von der Fristverlängerung der Arbeitslosenunterstützung noch nicht verständigt und die Durchführung derselben noch nicht angeordnet hat. Da die ausgesetzten Arbeitslosen bei der herrschenden Arbeitslosigkeit keine Arbeit finden können, so wird die Anfrage gestellt: Ist der Herr Minister für soziale Fürsorge bereit, den politischen Landes- und Bezirksverwaltungen aufzutragen, daß allen ausgesetzten Arbeitslosen ohne Verzögerung und ohne Einschränkung die Arbeitslosenunterstützung ausbezahlt wird?“

Der Oltauer Kollektivvertrag gekündigt. Eine Direktorenkonferenz der Oltauer Kohlengruben hat beschlossen, den bestehenden Kollektivvertrag am 24. Jänner auf vier Wochen zu kündigen.

Zwischen den Unternehmern und Arbeitern ist schon längere Zeit die Frage der Samstagsschicht strittig. Die Unternehmer wollen die Samstagsschicht am Samstag abschaffen, während die Arbeiter an ihr festhalten.

Die Konkurrenz der ungarischen Textilindustrie. Der „Textilarbeiter“ bringt einen Bericht über die Entwicklung der ungarischen Textilindustrie, wonach in den letzten Monaten in Ungarn drei bedeutende Unternehmungen in der Textilbranche errichtet, beziehungsweise erweitert wurden: Die Spinnerei in Kellenföld bei Budapest wurde ausgebaut und in Raab und Mobsach, nahe der jugoslawischen Grenze, sind Fabriken entstanden. Außerdem ist eine Reihe von mittleren Betrieben im Werden begriffen oder schon betriebsbereit. Diese Entwicklung wird von französischen und schweizerischen Kapital lebhaft gefördert und von der ungarischen Regierung unterstützt. Ungarn hat die Einfuhr ausländischer Textilwaren kontingentiert und mit Einfuhrzöllen belegt, die jede Konkurrenz fast unmöglich machen. Neben diesen Schutzzöllen werden Erschwerungen bei der Aushub der für ausländische Industrien benötigten Materialien gemacht. Allein der Schafwolleexport wurde im verfloßenen Jahre um über 400.000 Baggons gedrosselt, worunter die tschechoslowakische Industrie als Hauptabnehmer ungarischer Wolle am meisten zu leiden hat. Besonders schützt sich natürlich Ungarn gegen die Einfuhr fremder Textilwaren. Der Einfuhrwert tschechoslowakischer Textilien nach Ungarn hat 1921 noch eine Summe von 50 Milliarden ungarischer Kronen ausgemacht. Diese Einfuhrmenge will die ungarische Regierung auf ein Drittel herabsetzen. Ebenso wenig Entgegenkommen zeigen die Ungarn in der Rechtschutzfrage, indem sie keinerlei Garantien zu geben geneigt sind, daß der tschechoslowakische Lieferant seine Ware von ungarischen Beisehern auch zum ausgemachten Preis bezahlt erhält. Die jüngsten Zahlungsfristigkeiten belasten die tschechoslowakische Industrie mit rund 200 Millionen K. Außenständen, deren Regelung völlig ungewiß ist. Die Gefahr für die tschechoslowakische Industrie besteht nicht nur darin, daß sie ihren Absatz in Ungarn zu verlieren beginnt, sondern daß die ungarische Textilindustrie auch am Balkan ein gefährlicher Konkurrent werden kann.

Die Londoner Handelskammer hat in ihrer Sitzung vom 23. Jänner die Errichtung einer tschechoslowakischen Sektion bei der Kammer beschlossen.

Eisenbahnkontinen auf genossenschaftlicher Grundlage in Baden. Für die Beamten, Angestellten und Arbeiter der Eisenbahnen bestehen in Deutschland in Orten mit einer größeren Zahl Beschäftigter seit langem Wirtschaftskontinen. Diese sind bisher als Wohlfahrtsvereine der Bahn betrachtet worden. Da die Kontinen eine notwendige Einrichtung der Eisenbahn darstellen, Zuschüsse aber nicht mehr geleistet werden können, hat man den Eisenbahnen empfohlen, die bestehenden Kontinen in Genossenschaften umzuwandeln. Dadurch erhalten diese Betriebe nicht allein einen festen Selbstverwaltungskörper, sondern auch die Form einer juristischen Person. Dem Verbands südwestdeutscher Konsumvereine sind bisher sieben Kontingengenossenschaften beige-

treten. Die deutsche Genossenschaftsbewegung hat durch die Bergengenossenschaft der Eisenbahnkontinen einen neuen Zuwachs an Kräften erhalten.

Devisenkurse.

Die tschechische Krone notiert in:

Table with exchange rates for Prague (Prag) and Vienna (Wien) for various currencies like Gold, Silver, and Marks.

Prager Kurze.

Table with exchange rates for Prague (Prag) for various currencies like Gold, Silver, and Marks.

Züricher Schlusskurse.

Table with exchange rates for Zurich (Zürich) for various currencies like Gold, Silver, and Marks.

Kunst und Wissen.

Gesamtspektakel des russisch-deutschen Künstlertheaters „Der blaue Vogel“. Die russischen Gäste wiederholen heute Freitag, 10 Uhr nachts, und Sonntag nachmittags halb 3 Uhr ihr erfolgreichstes Programm und bieten Samstag, 10 Uhr nachts, das künstlerisch gleich bedeutende zweite Programm: „Burlak“ (Fischer der Wolgafischer), „Der König rief seinen Tambour, Der verlobte Feind“, „Die letzte Garboite, Trümmerei des Rinto, Deutsche Kneipe, Russische Kneipe, Wanderzirkus, Streifschiff, Time is money. Kartenerwerb täglich.

Neues Theater. Heute Freitag „Sigmund“ mit Grete Sedlitz-Berlin als Ost und Louis Kling; morgen, Samstag, das wirksame Weisfeld- Drama „Schweiger“; Sonntag abends Gastspiel Grete Sedlitz „Die Waidere“.

Reine Bühne. Heute die Zweifels-Einakter „Die Kette“, Samstag und Sonntag abends „Casanovas Sohn“, Sonntags nachmittags „Reuigerie“.

Bereinsnachrichten.

Touristenverein „Die Naturfreunde“, Prag II. Sonntag, den 28. Jänner: Nachmittags-Ausflug nach Stern. Besichtigung des Museums der Legionäre. Treffpunkt halb 2 Uhr Entstation der 2er-Linie Strabán. — Samstag, den 27. Jänner, Zusammenkunft d. R. im „Nizza“.

Advertisement for Dr. Oetker's Baking Powder and other products. Text: „Für jede Küche! Die neuen Rezeptbücher umsonst und portofrei zur Verfügung.“

Gerichtssaal. Das Urteil im Katolichprozess. Fünf Jahre für den Vater, zwei Jahre für den Sohn. Prag, 25. Jänner. Bei der heutigen Verhandlung im Katolichprozess hielt zuerst der Vorsitzende ein längeres Resümee, worauf die Geschworenen sich zur Beratung zurückzogen. Den Geschworenen wurden drei Hauptfragen und vier Zusatzfragen vorgelegt. Bei Katolich sen. lauteten die Fragen auf Mißbrauch der Amtsgewalt und auf Verleitung und Beihilfe zu einem Verbrechen. Die Zusatzfrage bei diesem Angeklagten lautete auf unehrenhafte und niedrige Motive. Beim Sohn des Katolich wurde eine Hauptfrage auf Mißschuld und eine Zusatzfrage auf unehrenhafte Motive gestellt. Weiters wurde den Geschworenen bei beiden Angeklagten eine Frage dahin gestellt, ob der durch sie verursachte Schaden ein großer ist. Die Geschworenen besaßen alle ihnen vorgelegten Fragen einstimmig mit „Ja“. Nachdem der Geschworenenmann das Verdict der Geschworenen verlesen hatte, sprach noch der Direktor des staatlichen Schuldnamens Lucel, der Erlaß des dem Staate zugefügten Schadens forderte. Der Verteidiger des Angeklagten Dr. Vafi ersuchte den Gerichtshof um Zustimmung mildernder Umstände, da Katolich sein Verbrechen in einer Art Selbstwahn begangen hatte. Der Gerichtshof zog sich hierauf zur Beratung zurück und fällte nachstehendes Urteil: Josef Katolich sen. wird zu fünf Jahren und sein Sohn Josef wegen Mißschuld zu zwei Jahren schweren Kerkers verurteilt. Gleichzeitig wird Katolich durch den Gerichtshof zum Erlaß des dem Staate zugefügten Schadens verurteilt.

Leitschwerde, die sein Verteidiger Dr. Stein gegen das Urteil eingelegt hat, widerrufen. Schwabe hat am heutigen Tage seine dreißigjährige Rekerstrafe, von der ein Teil durch die Einräumung der Untersuchungshaft verbüßt erscheint, bereits angetreten. Er wird jedenfalls, da die Geschworenen auf unehrenhafte und niedrige Motive erkannt haben, in der Strafanstalt Pantraz seine Strafe abtun.

Tanzunterhaltung und Messerstecherei. Prag, 25. Jänner. In der Ortschaft Klubok war am 3. Juni 1922 eine Tanzunterhaltung. Ein gewisser Franz Blümel schloß bei dieser Unterhaltung gegen Mitternacht auf seinem Stuhle ein und wurde von dem Ringelpielangelegten Josef Vezina vom Sessel gehoben. Blümel, der sich unter dem Tisch wiederfand, ergriff ein Bierglas und schleuderte es dem davonstehenden Vezina nach. Er traf jedoch nicht Vezina, sondern den Marktbesitzer Poupala. Dieser stürzte sich auf Blümel und gab ihm eine schallende Ohrfeige. Vezina mischte sich gleichfalls in den Streit, wobei er Blümel mit einem Messer verletzte und ihm eine Rippe eindrückte. — Heute hatten sich Vezina und Poupala wegen öffentlicher Gewalttätigkeit und schwerer Körperverletzung zu verantworten. Vezina wurde zu zwei Monaten schweren Kerkers verurteilt. Poupala wurde mangels an Beweisen freigesprochen.

Ein betrügerischer Kellner. Prag, 25. Jänner. Der im Jahre 1891 geborene Kellner Johann Hasek versprach im Mai 1922 der Marie Hlonschek in Smichow eine Wohnung. Er nahm von ihr 200 K als Angabe und ließ sich dann nicht mehr blicken. Hasek versuchte dann, als dieses Geld angebracht war, sich neues zu verschaffen. In der Zeitung las er, daß der Schauspieler Rael Dama einen Biletteur suchte, da er in der Scharla bei Prag eine Theatervorstellung zu veranstalten beabsichtige und einen tüchtigen Mann be-

mit über 50 ausprobierten Vorschriften für einfache und feine Mehlspeisen und Bäckereien sind erschienen und stehen allen Hausfrauen, Köchinnen, Haushalt- und Kochschulen zur Verfügung. Man schreibe eine Postkarte an Dr. OETKER'S Backpulverwerke, Brünn. Neben unserem vielbewährten Oetkers Backpulver „Backin“ und Oetkers Vanillinzucker sind wieder zu haben: Oetkers Hausnatron, Oetkers Regina-Speisegelatine weiss und rot.

Wegen Schmuggels verurteilt. Der Handlungsgehilfe Georg Riedel aus Königsberg bei Karlsbad wurde im Herbst des Vorjahres bei Geising in Sachsen in der Nähe der Grenze festgenommen, wobei man bei ihm für 11.225 Mark Waren und an Bargeld 27.224 Mark und 218 tschechische Kronen vorfand. Riedel besaß für die Waren keine Einfuhrbewilligung. Er wurde daher wegen Ausfuhrbannbruch, Grenzvergehen und verführter Bestechung vom Schöffengericht Altenberg zu insgesamt 600.000 Mark Geldstrafe verurteilt. Gleichzeitig wurde damals der Verfall des bei ihm vorgefundenen Geldes und der Waren ausgesprochen. Riedel machte in seiner Berufung geltend, daß er längere Zeit erwerbslos sei und in der Tschechoslowakei keine Stelle finde, da er nicht tschechisch verstehe. Die dritte Strafkammer in Presden verhandelte nun dieser Tage über die Berufung und kassierte das erstinstanzliche Urteil. Die Strafkammer verurteilte Riedel zu insgesamt 300.000 Mark Geldstrafe oder einem Monat Gefängnis. Die Verfallserklärung des Geldes und der Waren, gegen die Riedel gleichfalls Berufung eingelegt hatte, wurde jedoch nicht aufgehoben.

Advertisement for Bio-Programm and Café Nizza. Text: „Bio-Programm vom 26. bis 31. Jänner.“ „Café Nizza“ Kgl. Weinberge, Jungmannstraße 27.

Advertisement for „Sozialdemokrat“ newspaper. Text: „Verbreitet den „Sozialdemokrat“.“